

# Volksmacht für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

**Bezugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Bismarckstr. 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. 5; Matthiasschloß 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzuf. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Bismarckstr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Die Abrechnung mit der Sozialreaktion und der „Nationalen“ Opposition

**Sehr zahme und widerspruchsvolle Rede Dingeldens — Das Versagen der Wirtschaftsführer — Schachts Verbrechen an Deutschland — Hugenberg belügt seine Kunden — Preisfrennung ist notwendig — Schacht verdient 200 000 Mk., läßt aber eine arme Frau verhungern — Die SA-Leute sind Kanonenfutter für den Kapitalismus — Die Nazis haben ihre Wähler verraten — Wenn die KPD, Hitler und Hugenberg zur Macht verhelfen, wird sie der Fluch der Arbeiter treffen**

Berlin, 15. Oktober.

Im Reichstag wird die Aussprache über die Regierungserklärung fortgesetzt.

Abg. Simpfendorfer (Chr. Soz.) wendet sich gegen die herrliche Demagogie der Falkenkreuzler, die ihre nicht verächtlichen, absoluten Terrorismus und ein wenig des „Körperollens“ über Deutschland aufbringen. Solange darüber keine Klarheit erlangen, können wir bei allem Fleiß zur Zusammenarbeit nicht für eine Machtübertragung an die „nationale Opposition“ eintreten.

Abg. Dr. Dingeldens (DVP.) beginnt mit der Erklärung, daß der Wandel in der Haltung seiner Partei die Achtung vor den vaterländischen Verdiensten des Reichstags nicht berühre. Der Mut zur Unpopulartät müßte gehen mit der Entfernung der Regierung von den politischen Parteien. Das System des Regierens mit dem Artikel 48 hat weitgehende Verschärfung gebracht. Man fragt die Parteien nicht, aber durch die Richtablehnung der Verordnungen werden sie doch verantwortlich gemacht für Dinge, an denen sie nicht mitgewirkt haben. Die Regierung hat versäumt, die psychologische Vorbereitung des Volkes für diese Maßnahmen durch Heranziehung geeigneter Kräfte zu sichern. Dazu hätte man die wirtschafts- und außenpolitische Wahrheit schonungslos enthüllen müssen, um das Volk von der Notwendigkeit der geeigneten Maßnahmen zu überzeugen, und die aufbauwilligen Kräfte heranzuziehen. Immer mehr ist der Wirtschaft das Kapital entzogen worden. (Zuruf der Komm.: Fragen Sie mal in Holland und in Schweiz nach, wo das Kapital ist.)

Wie haben eine ungeheure Fehlleitung von Kapital.

Wie links: Wer leidet es denn? Wer verfehlt Millionen?) Ich habe auch die private Wirtschaft viel schuld. (Abg. Wittmann (Soz.): Das sind doch Ihre Wirtschaftsführer!) Ich die ungeheure Auslandsverschuldung ist ein Grundfehler. Die Verzweiflung des Volkes nach dem Zusammenbruch der Großbanken hätte die Regierung zu großzügigen Maßnahmen veranlassen müssen. (Lebh. Zurufe links: Aber gegen wen), statt schonlang über Bankkontrollen usw. zu beraten. Immer stärker Frankreich durch Herausziehung des Goldes aus fast allen anderen Ländern verlor, zu seiner militärischen auch die finanzielle Hegemonie zu erwerben. Dagegen müßten die wachsenden Wirtschaftskräfte in den betroffenen Nationen zusammengefaßt und leicht zu einer Entscheidung geführt werden, die eine Wendung im Besseren einleitet. Das ganze System der Preis- und Lohnbildung muß aufgelöst werden. (Rufe links: Aha! Kartelle! Generaldirektoren!) Gegen die Beamten ist man rigoros vorgegangen, aber den Lohnabbau der Gemeindearbeiter hat man durch Einspruch der Sozialdemokraten gemildert, ebenso den Abbau der Arbeitslosen-Versicherung. (Andauernde Gegenrufe links.) Warum hat man nicht schon vor Monaten per Gesetz die Frage der Reform des Tarifrechts auf das friedliche Feld zu schieben? (Reichstanzler Dr. Brüning: Wir waren nicht davor, beide Parteien zusammen zu bringen, da ist uns das in einem bestimmten Teil der Industrie zerschlagen worden. — (Lärmendes Hört! Hört!-Rufe links.) Der Reichstanzler hat behauptet, daß ein nationales Konzentrationskabinett nicht möglich ist; ich habe ihn beschworen, mit diesem Plan vor das Volk zu treten, um festzustellen, wer sich dem verweigert. Auf der anderen Seite sehen wir das nationale Aufwallen. Diese Kräfte müßten organisatorisch einengen, statt sie in hoffnungsloser Opposition zu lassen. Leider haben die Redner der Rechten ein Programm für den kommenden Winter nicht entwickelt, sondern lediglich mit der Bergangenheit gerechnet. Der Redner lehnt mit der Erklärung, daß zur Fortführung des von ihm vertretenen Systems keine Fraktion dem Reichstanzler nicht das Vertrauen aussprechen könne.

Abg. Dr. Leicht (Bayr. Vp.): Notwendig ist in dieser Zeit schnelle Inanspruchnahme der Winterhilfe. Freilich eine Winterhilfe nur für diejenigen, die das Sakentzen oder Stahlhelme tragen, hat mit christlicher Nächstenliebe nichts zu tun. Verständigung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern ist nicht dadurch gedient, daß die Unternehmerverbände vorher ein Ultimatum veröffentlichten, dem dann die Gewerkschaften ein Ultimatum entgegensetzten. Die Notverordnungen dürfen nicht bestehen, um in allen möglichen Fragen die Ländereinheit zu wahren.

Eine Regierung, die normalerweise eine Inflation herbeiführen wollte, würde mit Recht vom Volke weggesetzt werden.

Es brennt im deutschen Vaterlande. Der Reichstanzler hat uns alle zum Bösen gerufen. Da sollten wir in christlicher Liebe zusammenarbeiten, und da müssen wir uns gegen die Missetaten wenden, die bei dem Rettungswert der Schläuche zerbrechen wollen. (Weisf.)

Abg. Dr. Weber (Staatsp.): Die Handhabung der Preisverordnung ist vielfach zu beanstanden.

Dingeldens hat nichts über das Programm seiner Verbündeten, der NS, gesagt und ebensowenig über die sinnlose Autarkie, die Hugenberg vorschlägt. Wir danken für eine Terror- und Inflationsregierung nach Muster Harzburg und begrüßen den gleichgerichteten Beschluß des Zentrums. Dr. Schacht hat mit seiner Rede, deren Schädlichkeit ihm als Bankfachmann vollkommen bewußt sein mußte, sich Anhang unter den Leuten schaffen zu wollen, die ihn bis zu seiner Amtsniederlegung auf das Gehässigste angegriffen haben. Die deutsche Republik ist gegen ihre Todfeinde viel zu geduldig, sie läßt auch die ehemaligen Feinde auf Kosten des Volkes leben, die dann gegen die Republik Sturm laufen. Aus der Dithilfe hat man unter Treviranus Leitung Großindustriellen Hypotheken gegeben, während sie doch für keine Leute bestimmt ist.

Abg. Böhrich (Landvolk) kündigt die Zustimmung seiner Freunde zu den Ritzrauensanträgen an, obwohl sie mit mehreren Punkten der Regierungserklärung einverstanden sind. Aber auch sie wünschten eine „nationale“ Regierung und seien überzeugt, daß der gegenwärtige Reichstanzler in jeder kommenden Regierung den seiner Bedeutung entsprechenden Platz einnehmen wird.

Abg. Ziegler (SWP.) spricht gegen die Politik der SPD, die schwächlich und erfolglos sei und durch entschiedenen Klassenkampf ersetzt werden müsse. Der reaktionären Regierung könnten Friedensfreunde nicht Kriegsmittel bewilligen. Wegen Widerstandes gegen diese Politik habe man ihn und seine Freunde aus der SPD ausgeschlossen, aber seine Partei werde schon in einigen Monaten (Zuruf der Kommunisten: gefordert sein) eine Massenpartei sein.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Hinter dem falschen Vorzeichen einer „nationalen“ Opposition verbirgt sich die organisierte Vorbereitung eines tödlichen Vernichtungskampfes gegen die deutsche Arbeiterklasse. Mit dem Kampf gegen den Marxismus meint man den Angriff gegen die deutschen Arbeiter und Angestellten, der nun in sein entscheidendes Stadium eingetreten ist. Zur Verteidigung des sterbenden Kapitalismus fühlen sich jetzt diese Hochsozialisten berufen. Was den gelben Wertvereinen, die die Unternehmer einst gequält haben, nicht gelungen ist, weil die Klassengegenseite auch die „wirtschaftsfriedlichen Vereine“ in die Front der Arbeiter gestellt haben, was dem gerichtlichen und polizeilichen Kampf der Vorkriegszeit gegen die Gewerkschaften nicht gelungen ist, das soll nun durch die neue Form des Faschismus erreicht werden. Im neuen demokratischen Staat hat die Arbeiterklasse bedeutende Errungenschaften sich geholt (lärmende

Gegenrufe der Komm.), von denen heute Sie Gebrauch machen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der demokratische Kampfboden soll nun der Arbeiterschaft geraubt werden, nachdem der Kappputsch und die Verjagung von 1923 an der einzigen Abwehr des Proletariats gescheitert sind. (Lärmende Gegenrufe der Komm.)

Jetzt vertritt der Faschismus, dessen Vertreter mir nicht zuhören dürfen, um die Wahrheit nicht zu hören, die verzweifelnden Massen vor den Wagen des Unternehmertums zu spannen. Dieser Faschismus hat sich entwickelt durch die Schwäche jenes Bürgertums, das heute durch Herrn Dingeldens sich vertreten läßt.

Milliarden sind dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft infolge des Wahlausfalls vom September vorigen Jahres verloren gegangen.

Die Sozialdemokratie hat die Gefahr erkannt und in der Abwehr des Faschismus die deutsche Arbeiterklasse auf eine harte Nervenprobe stellen müssen. Heute ist es die Aufgabe jedes ehrlichen Arbeitervertreters, alle Kraft daran zu setzen, um den Faschismus draußen zu halten. Herr Fried hat in seiner ganzen Rede nicht ein Wort der Kritik an dieser Gesellschaft gesprochen, die diese Not verursacht hat. Weit über die Sozialdemokratie hinaus wird diese Kritik heute geübt. Professor Bonn hat in einer Arbeit über die „Deflation der Banik“

das volle Versagen der Wirtschaftsführer

festgestellt. Diese Krise drängt nach einer neuen gemeinschaftlichen Regelung der Produktion. Die Zukunftsfrage fordert außerdem die Regelung der Kapitalverteilung und vernünftige Leitung der Kapitalströme. Wer ist mehr schuld als Herr Schacht, dieser Ratgeber des Faschismus, an der Überladung Deutschlands mit kurzfristigen Krediten? Er hat den Gemeinden die Erlangung langfristiger Kredite geperrt und alles getan, um die Kreditfähigkeit Deutschlands im Auslande zu zerschlagen.

Selbstverständlich fragen sich die ausländischen Kreditgeber nach der Sicherheit ihres Geldes, wenn bei uns jeden Sonntag Stahlhelmtage und andere Kundgebungen des Willens ein harte Nervenprobe stellen. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Herr Oberführer hat von dem Leiden der Wirtschaftsnöte gesprochen, aber kein Wort von Nordwolle und Walfur. Er sprach von dem Pumpsystem, aber nichts davon, daß Hugenberg mitten drin sitzt.

Der selbe Hugenberg, der Kredit von der Danabank nimmt, die sich Bürgschaften vom Reich geben läßt. Herr Hugenberg ist ja sonst kein Feind von Transaktionen

## Der Völkerbundsrat gegen Japan

Japan im Völkerbundsrat überstimmt — Amerika wird eingeladen — China beginnt sich zu wehren

Genf, 16. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Der Völkerbundsrat hat am Donnerstagabend nach einer zweieinhalbstündigen geheimen und sehr bewegten Sitzung mit 13 gegen 1 Stimme prinzipiell beschlossen, die Vereinigten Staaten zu den Verhandlungen des Rates über den chinesisch-japanischen Konflikt einzuladen. Die Absendung der Einladung und die Formulierung des Einladungs-schreibens wird in einer für Freitag vormittag einberufenen öffentlichen Sitzung erfolgen. Der Vertreter Japans stellte sich auf den Standpunkt, daß für die Einladung ein einstimmiger Ratsbeschuß notwendig sei. Diesen Einwand hat sich jedoch der Völkerbundsrat nicht zu eigen gemacht.

Mit der Ueberstimmung Japans hat der Völkerbundsrat den ersten energischen Schritt getan, der sich sowohl gegen die japanische Verzögerungspolitik als auch gegen das japanische Vorgehen in der Mandchurien richtet. Die Einbeziehung Amerikas in den Kreis der für die Konfliktlösung entscheidenden Mächte bedeutet für Japan, daß es im äußersten Falle sogar einer mächtigen Intervention gegenübersehen wird.

Man verhehlt sich hier keineswegs, daß der Rat durch seinen Schritt vorwärts gar nicht mehr zurück kann. In der japanischen Presse macht sich bereits eine starke Stimmung gegen Frankreich und England geltend, die an der Ratsentscheidung den wichtigsten Anteil haben.

Genf, 15. Oktober. (Eig. Draht.)

Die japanischen Lageberichte aus der Mandchurien melden eine fortschreitende Besserung des Zustandes. In Mukden seien 1800 Mann mit zwei Regimentsstäben aus der Chinesenstadt in die Ghenshanzone zurückgezogen worden.

In der Chinesenstadt seien nur noch 400 Mann und im Industriequartier 250 Mann. Dagegen sei in Shanghai der Kreuzer „Tokiwa“ angekommen, von dem aus 230 Mann Verstärkungen für die Marinekaserne gelandet worden wären. Eine deutsche Meldung aus Mukden-Tientsin vom 14. Oktober stellt dagegen keinerlei Truppenbewegung fest, aber ein starkes Anwachsen der Boykotthandlungen und Demonstrationen seitens der Chinesen.

Eine lange japanische Depesche meldet eine gewaltige Ausdehnung des chinesischen Boykotts. Während in der Mandchurien fast alle Banken wieder geöffnet seien und das kaufmännische Leben normale Formen anzunehmen beginne, bestreiten chinesische Arbeiter alle japanischen Schiffe, die deshalb nicht entladen werden könnten. In zahlreichen Städten hätten chinesische Kaufleute beschlossen, die Annahme japanischer Waren zu verweigern und den Verkehr mit japanischen Kaufleuten abgebrochen. In Kanton hätten chinesische Studenten japanische Waren öffentlich verbrannt. Die chinesische Polizei habe das zu verhindern versucht und scharf geschossen. Die Opfer waren 2 Tote und viele Verwundete.

Für das in der letzten Ratstagung mitgeteilte Bombardement zweier chinesischer Städte gab die japanische Regierung dem Rat auf Anfrage die alte Ausrede als Erklärung: Erst sei ein Erkundungsflugzeug, das über Bewegungen von Banditen und chinesischen Truppen berichten sollte, mit Gewehren beschossen worden. Darauf habe es mit Bomben geantwortet. Auf Grund dieses Vorfalls seien später drei Flugzeuge ausgefandt worden, die wieder Geschwader erhalten und deshalb ebenfalls mit Bomben geantwortet hätten.



und Bankgründungen. Ober war er etwa 1926, als seine

Den Anaben seines Kreditvereins hat Herr Hugenberg den Kauf von Aktien anderer Unternehmungen mit der Begründung empfohlen, daß nach der Annahme des Youngplans die Geschäftsaussichten sich bessern würden.

(Leb. Hör! Hör! links und in der Mitte.) Wenn im Juli die Bankherren sich verzweiflungsvoll um Staatshilfe bemühten, so muß die Konsequenz sein, daß der Helfende und weitgehendster Einfluß auf die Banken, eingehende Kontrolle und schließlich die Banken selbst in seine Hand bekommt. Die Anfänge zur Bankaufsicht in der jüngsten Notverordnung sind unzureichend. Wir haben Erweiterungsvorschläge gemacht. Unausführbar ist eine höhere Preisfestsetzung, ferner die Anwendung des bestehenden Kartellgesetzes und seine Ausdehnung. Die Senkung der Kartellpreise ist die Voraussetzung für eine wirksame Verbilligung der Lebensmittel. Die Preisfestsetzung des Brotgesetzes, sowie diejenige für den Zucker müssen durchgeführt und auf dem Getreidemarkt eine erhebliche Verbilligung der Futtermittel herbeigeführt werden. Es ist ein Fortschritt, daß unter unserem Einfluß mit der Reform des Aktienrechtes begonnen wurde, wogegen sich der Hauptkern der sogenannten nationalen Opposition auf das Kabinett Brünning richtete. Diese Reform muß wesentlich erweitert werden. Die Großindustrie hat Herrn Dingeldey befohlen, sofort die Koffer der Volkspartei zu packen und ungehindert die Reise von Brünning zu Hugenberg anzutreten. Wie weit diese Reise zurückgelegt wird, ist noch nicht sicher, dafür aber, daß die Deutsche Volkspartei auf ihrem Tiefpunkt angelangt ist. (Zustimmung.)

Dingeldey hat hier von seinem großen Mut gesprochen. Aber was ist das für ein Mut, wenn man seit 1929 ständig mitregiert hat, und nun alles für falsch erklärt und jede Verantwortung dafür ablehnt. Das sind die Leute, die uns ins Dritte Reich führen wollen. Der Lohnabbau und der Tarifabbau gehen ihm nicht weit genug. Von den Arbeitern verlangt man Selbstverantwortung, damit sie keine Sozialversicherung brauchen.

Wo bleibt denn die Selbstverantwortung der Wirtschaftsführer und Bankgewaltigen, die ihre Unternehmungen ruinieren, und das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft in der ganzen Welt erschüttern?

(Sehr wahr! links.) Die angeblich so hohen Löhne sollen für die Krise verantwortlich sein. Aber war nicht die Kapitalbildung in Deutschland 1927 bis 1929, als die Löhne stiegen, besonders hoch? Er fordert härtestes Vorgehen gegen alle Staatsfeinde und zugleich rückt er auf den Knien vor Fried und Oberbörsen; die NS. will er erziehen — ich glaube, das kostet die Deutsche Volkspartei allerhand Schulgeld! (Heiterkeit.)

Die Brücke zwischen Dingeldey, den Nazis und den Deutschnationalen — das ist die Inflation.

Alles Leugnen hilft nichts. Wenn jemand ein Verdienst an der Inflation hat, dann war es der spätere deutschnationale Führer Helfferich. Am Kriege hat er hier dem englischen Finanzminister, der Deutschland mit silbernen Kugeln beswingen wollte, das Wort von den deutschen papiernen Kugeln zur Antwort gegeben. Als in der Inflation durch Steuern eine Hilfe geschaffen werden sollte, war Helfferich dagegen, weil der Grundbesitz zermalmt würde. Durch die Inflation aber sind die kleinsten Betriebe zermalmt worden. Die Binnenwährung Hugenbergs, das Federgeld der Nazis, die Schuldenminderung der Großindustrie, des alles sind nur andere Worte für eine Inflation, die die Sparrer und Kleinrentner zu Bettlern macht, die Arbeiter und Angestellten zwingt, umsonst zu arbeiten und die völlige Zerstückelung der Sozialversicherung bedeutet. Herr Fried hat alle möglichen Leute für die frühere Inflation verantwortlich gemacht. Warum erzählt er nicht,

wie eine arme Frau, die Mutter mehrerer Kinder, die den Anmeldebüro für die Aufwertung versäumt hatte, zum Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gekommen ist und ihn gebeten hat, ihr doch nachträglich noch die Aufwertung zuzusprechen; da hat Herr Schacht, der Mann mit einem 200 000 Mark Gehalt geantwortet, daß er weder rechtlich noch moralisch dazu verpflichtet hätte.

(Stützmäßig Hör! Hör! links und in der Mitte.) Da haben Sie die Moral des dritten Reiches. (Sehr gut!)

Von allen Verprechungen der Nazis bei der Reichstagswahl für die Kriegstrenner und Unterstützungsempfänger hat Herr Fried kein Wort gesagt!

Die armen SA-Leute und alle Proletarier, die mit den NS. gehen, sollen nichts anderes sein, als Kanonensfutter für den Kapitalismus.

Was haben die 107 Nazis an Taten hier geleistet, auf die ihre Wähler gemartet haben, was haben sie getan, um das große soziale Hilfswerk zu fördern? Weggelaufen sind sie aus dem Reichstag.

Das Parlament hat man lehmgelegt, das die Notleidenden in dieser Zeit mehr brauchen als je. Notverordnungen sind die Folge davon, daß eine so große Fraktion ihre einfachsten parlamentarischen Pflichten versäumt hat. Der Sozialdemokratie allein bleibt es überlassen, an den Notverordnungen die notwendigen sozialen Korrekturen vorzunehmen. Das haben wir getan und werden es auch

bei der Disziplinierung tun. (Der Redner verweist auf die Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion, um die Richtung dieser Korrekturen zu kennzeichnen.) Wir fordern, daß eine Reform der Sozialpolitik nur auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung erfolgt, was die Reichsregierung auch wiederholt zugesagt hat. Das Schicksal lebender Menschen darf nicht wieder in die Hand der Ministerialbürokratie gelegt werden, die sich in den Notverordnungen genügend ausgetobt hat. Wo steht die nationale Opposition bei diesen Aufgaben? Hugenberg will keine Sozialversicherung, er will Sparzwang. Herr Schacht hat am 14. Februar 1930 auf der Schaffner-Mahlzeit in Bremen, Arm in Arm mit seinem Freund Lahusen die Sozialversicherung verschönt, in dem er Deutschland als das Ideal des Sozialrentners bezeichnet hat, wo schon dem Neugeborenen sämtliche Versorgungsmittel einschließlich der Sterbekasse in die Wiege gelegt würden. (Entrüstungsrufe links und in der Mitte.) Dieser Hohn gegen die Arbeiter — das ist Ihr (nach rechts) Sozialismus.

Für den Abbau der Riesengehälter in der Privatindustrie reicht die Notverordnung nicht aus, an diese hohen Einkommen muß man durch Besteuerung herangehen, die Verträge werden nicht geändert werden. Ich halte noch immer die Hoffnung, daß die Arbeiterelemente unter den Nazis sich gegen den Anschlag des Unternehmertums auf die Sozialpolitik aufbäumen würden, denn es geht darum, ob die deutsche Arbeiterklasse ihrer kollektiven Grundfrage beraubt werden soll. Das ist der Sinn der Angriffe auf das Tarifrecht, man will die Tarife durch „elastische Gestaltung“ noch kurzfristiger machen, die Lauf- und Kündigungsfristen noch mehr abkürzen.

Die Gewerkschaften aber werden sich ihrer Pflicht bewußt bleiben.

Im Kollektivismus ist die deutsche Arbeiterklasse groß geworden. Diese Arbeiter und Angestellten, Beamten und sonstigen Schaffenden sind durch die Schule der Organisation gegangen. Wäre das nicht der Fall gewesen, dann hätte die Panik der sogenannten Wirtschaftsführer im Juli zusammenbruch auf das ganze deutsche Volk übergegriffen. Die Massen wissen, was die Gewerkschaften, sie wissen, was das kollektive Empfinden nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für den Staat bedeutet. Wir sind hier nicht in Italien, hier gibt es nur ein Entweder-Oder: entweder die Gewerkschaften werden als Machtfaktor im Staate anerkannt, oder wehe dem Staat und der Gesellschaft, die den Gewerkschaften ihre kollektive Kraft zu rauben suchen. Wir warnen die Regierung und auch die sogenannte nationale Opposition, den Kampf gegen die Tarifverträge aufzunehmen, der der Kampf gegen die Solidarität und das kollektive Empfinden der Massen überhaupt wäre.

Wir wissen, auch die Verjagung von Weimar hat den Arbeitern nicht das Paradies gebracht, wohl aber hat sie die Möglichkeit der kollektiven Kraftentfaltung gegeben. Wir bedauern, daß die Reichsregierung das Tarifrecht der öffentlichen Arbeiter eingeschränkt hat und diese Möglichkeit durch die neue Notverordnung auch auf die gemischtwirtschaftlichen Betriebe ausdehnt. Die Frage, ob die Arbeitenden ihren Kampfboden erhalten, als Masse ihr Schicksal gestalten können, das ist der Schlüssel der politischen Situation in Deutschland, und das ist die Erwägung, von der die sozialdemokratische Fraktion alle ihre Entscheidungen abhängig macht. Es ist kein Zufall, wenn die Gewerkschaften aller Richtungen hier zusammenstehen, von den freien Gewerkschaften bis zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Pängst haben sich die deutschnationalen Gewerkschaftler von Hugenberg losgelöst, die Gewerkschaftsvertreter der Deutschen Volkspartei verlangen Herrn Dingeldey die Gefolgschaft, und nur noch in einer Partei, nur bei den Nazis sitzen noch Arbeitervertreter, die noch nicht begriffen haben, warum es geht. Diese Gewerkschaftsfront wird in der nächsten Zeit immer enger werden. Es ist nicht revolutionär, sich im Hauen und Stechen zu üben — in diesem Augenblick ist revolutionär nur, wer bereit ist, die organisatorische Kraftentfaltung der deutschen Arbeiterklasse zu küssen.

Wir warnen auch die Kommunisten, in dem Augenblick, wo der Marsch von Harzburg nach Berlin angekündigt wird, in diesem Augenblick ihre Truppen dem Klassenfeind zuzuführen, wie beim Volkstentseid.

Wenn durch Hilfe der Kommunisten Hugenberg und Hitler siegen, dann wird sie der Fluch der Arbeiter treffen.

Wir stehen hier vor der parlamentarischen Entscheidung, ob der Arbeiterklasse die Möglichkeit erhalten bleibt, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen. Zwingt man uns, den Kampf außerparlamentarisch zu führen — die Sozialdemokratie treibt nicht zum Bürgerkrieg — aber wenn es hart auf hart kommt, dann werden die Arbeiter zu kämpfen wissen. Es gibt für die deutsche Arbeiterklasse nur eine Kraft und eine Zuversicht, das sind ihre Organisationen. Darum geht es heute, und in diesem Sinne geht es heute mehr denn je um die organisatorischen und kollektiven Grundlagen der deutschen Arbeiterbewegung. Wer in diesem Augenblick die Organisation der Arbeiterklasse zu schwächen versucht, der übt Verrat. (Geschrei der Kommunisten.) Wer diese Organisation angreift, wagt, den schlagen wir. (Stürmischer Beifall der Soz.)

# Sozialdemokratie gegen Teil der Notverordnung

Völlig überflüssige Strafbestimmungen  
Aufhebung der Bildung von Sondergerichten verlan

Die Maßnahmen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen in der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 gehen zum Teil über das Maß der Erforderlichkeit hinaus.

Die Sozialdemokratie fordert deshalb im Reichstag die Aufhebung der Bestimmungen, wonach Festungshaft bei Hochverrat durch Gefängnisstrafe ersetzt werden kann. Sie beantragt ferner die Beseitigung der Strafbestimmungen für fehlerhafte Herstellung, Verbreitung von illegalen Schriften, weil diese Bestimmungen in der Form, in der sie in der Notverordnung enthalten sind, einer willkürlichen Auslegung Anlaß geben können. Sie ist in weiteren Anträgen gegen die Anzeigepflicht bei erlangter Kenntnis vom Vorhandensein illegaler Schriften, schon aus dem Grunde, weil Durchschnittpolizisten eine Erkenntnis über die Straftat des Inhalts solcher Schriften nicht verlangen werden kann, die Vorchrift gegen die Umgehung von Zeitungsverboten durch Lieferung von Ersatzzeitungen ist bedenklich, weil bei Durchführung praktisch Druckstrafen verboten werden, Inhalt an sich nicht strafbar zu sein braucht. Außerdem beantragt die Sozialdemokratie die Aufhebung der Bestimmungen, wonach der Drucker von verbotenen Schriften mit Gefängnis bestraft werden kann.

Die Sozialdemokratie verlangt weiter die Streichung von der Regierung durchgeführten Änderungen des Lichtspielgesetzes, wonach jeder Film verboten werden kann, wenn es „lebenswichtige Interessen des Staates“ erfordern. Mit einem solchen Kautschulbegriff kann eine bösartige Umgehung alles anfangen.

Neben einigen anderen Anträgen fordert die Sozialdemokratische Fraktion die Streichung der Bestimmungen der neuen Notverordnung, wonach die Teilnahme an einer nicht angemeldeten Versammlung oder einem nicht angemeldeten Aufzug bestraft wird. Die Neuregelung der Rechtsprechung in der Notverordnung bedauert die Sozialdemokratie, daß es mit dem Armenrecht bei der herigen Rechtszustände bleibt. Vor allem aber wünscht die Sozialdemokratie die Aufhebung des Abschnittes über die Bildung von Sondergerichten. Dieser Abschnitt gibt der Regierung eine Gewaltvollmacht für jeden Zweck und in jeder Form Sondergerichte einzusetzen.

# Wie stehen die Parteien?

Zentrum duldet keine Harzburger Regierung

Die Zentrumsfraktion des Reichstages am Donnerstag einen kurzen Bericht über die politisch-parteiliche Lage entgegnen. Im Verlauf der Sitzung wurde festgestellt, daß die Zentrumsfraktion an ihrem Beschluß, keine Regierung zu tolerieren, unter allen Umständen festhalten wird. Unterbrechung dieses Beschlusses erfolgte, nachdem der Reichstagspräsident von rechts die Mitteilung zugegangen war, daß ein eventueller Sturz von Brüning nicht Hugenberg, sondern die frühere Reichswehrminister Geisler mit der Bildung einer Reichsregierung beauftragt und das Zentrum sich gegenüber derartigen Regierung neutral verhalten werde.

# Volkspartei und Wirtschaftspartei schwanken

Die Reichstagsfraktionen der Volkspartei und der Wirtschaftspartei werden sich über ihre Haltung zu den Mißtrauensanträgen gegen die Regierung Brüning am Freitag vormittag vor der Reichstagsfraktion schlüssig werden. Aus der Volkspartei verlautet, daß sie sich bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning wahrscheinlich der Stimme enthalten wird. Die Fraktion der Wirtschaftspartei dürfte den größten Teil gegen die Mißtrauensanträge stimmen.

Madrid, 16. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Auf Grund des Artikels 24 der Verfassung wird das Gehalt der Bischöfe auf die Hälfte herabgesetzt. Falls die religiösen Unterrichtsordnungen in Unterricht einstellen sollten, wird die Regierung umgehend Gebäude beschlagnahmen. Hierdurch will sie vermeiden, während der Uebergangszeit tausende von Kindern ohne Unterricht zu lassen.

Das elf Millionen Reichsmark betragende Budget für die katholischen Kult wurde völlig gestrichen.

PETER RISS

# Arktbad Amort

Kriegsroman der Siebzehnjährigen

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag G. m. b. H., Hamburg-Bergedorf

30. Fortsetzung.

man gibt ihm kunte Fahnen, blinkenden Stahl und leuchtende Orden solange er lebt, — aber man zieht ihm die Ringe von den erstarrten Fingern, die Stiefel von den erstarrten Beinen und läßt ihn liegen und verläßt in einem Erdloch, das er sich selber graben mußte, — man tritt auf ihn wie auf eine Grabeshöhle und nimmt ihn als Kugelfang, wenn er verrottet ist, — aber die am grünen Tisch und die Pfaffen aller Nationen jagen, er sei „gefallen für das Vaterland“, — „gefallen auf dem Felde der Ehre“ — „der lebende Soldat hat keine Ehre, man nennt ihn „Hammel“ und „Schwein“, — nur das Feld, auf dem er gemordet wurde, ist das „Feld der Ehre“, — denn die einzige Ehre des Soldaten ist, ermordet zu werden. —

Und wehe, wenn der Mensch in ihm noch wird in einer stillen Stunde, wenn er in die Gärten seiner Seele zurückkehrt: dann ist er die unglücklichste Kreatur der Welt. —

Die Nacht ist voller Winde. Ich liege auf meiner Brust und lausche dem seltsamen Raunen in dem Kanonensofen unserer jagigen Baracke.

Nachts ist es schon kalt; der Herbst kommt näher; abends, wenn wir vor den Baracken stehen, zeigt dieser und jener Kamerad nach dem Horizont, an dem die Sonne früher untergeht und einen blutroten Streifen in den Wolken zurückläßt.

Sie stehen sinnend und sehen nicht viel; denn mehr als je denken sie an die Front, an das unbekannte Land, das sie anhaugt in seine Trichter, Gräben und Drahtverhaue. Und sie

denken an die Heimat, an ihre Fabrik oder an ihren Aker, und dann springt sie plötzlich wie ein großes, graufames, fremdes Tier der Gedanke an ihren Tod an, und sie fühlen, wie ihr Herzschlag auf Sekunden aussetzt. „An — den — Tod —“, — o, es ist so leicht gesagt; aber es reißt am Herzen, denn wir sind so jung, und mit achtzehn Jahren ist der Gedanke an den Tod erfüllt mit Angst und Bitterkeit.

Es ist eine mörderische Nacht wie damals bei Langers Tod. Ich liege und lausche und muß immerfort an meinen toten Kameraden denken: ich weiß nicht einmal, wo er begraben liegt; denn die BeerDIGUNG ging in aller Heimlichkeit vor sich. Aber der gleiche Mond, der durch die breiten Fenster der Baracke leuchtet, er scheint auch auf den kleinen Hügel, unter dem du stilst und liegst. — wo du den Hunger nicht mehr fühlst, wo du Ruhe hast vor deinen Schindern, so wie du es wolltest, wo du nichts weißt von den beklemmenden Gedanken, der um unsere Stunden kreist.

Ich könnte dich beneiden, Heini Langer, — ich könnte dir sogar nachfolgen, jetzt, in dieser Stunde schon, wenn ich es wollte: es ist ja so einfach, und meine Verzweiflung und mein Hunger und mein Lebensüberdruß sind groß und würden für den Strich oder die Kugel genügen. — es ist ja so einfach, davonzugehen; aber: ich habe geschworen, dich zu rächen, — ich und noch einer, der dort hinten auf jenem Feld mit geballten Händen liegt und schläft. Vielleicht träumte er von dem Tag, den wir herbeiführen.

Wir fällt ein Märchen aus der Kindheit ein, es handelt von einem kleinen Jungen, der eine große Sehnsucht in sich trug, — und dieser kleine Junge bin ich. Der kleine Junge in dem Märchen hatte auch keine Heimat, und deshalb ging er nachts über Wiesen und Felder, durch die Heide und durch den Wald und suchte und suchte und wußte nicht was, und weil ihm niemand half mit gültiger Stimme und gültigen Händen, darum blühte er über sich in die Sternenpracht und wurde ruhig und wanderte weiter und weiter, als wüßte er jetzt kein Ziel. Und eines Morgens fanden ihn Aechse auf dem Felde; er war tot, aber er lächelte, — denn er hatte das Bild der Sterne in seinen ewigen Schlaf und Traum mit hinübergenommen. — Dieser kleine Junge bin ich, und ich wünsche, daß ich unter den Sternen einträufle und nie wieder erwache, und finden kann mich dann, wer will.

Wie arm sind wir! Keine Antwort wird uns. — Ob wir

einsam gehen oder in Kompanien marschieren: immer, gehen wir allein. — — — Was wissen wir voneinander, als wir alle leiden müssen und Bettler sind im Nebel, da einer andern nicht sieht. Wir wissen nichts von der nächsten Straße und sicher ist nur der Tod. —

Um einen Beutel Kartoffeln! Truppenübungsplatz Döberitz — — — Ort der Qualen, des Hungers. — — — Döberitz — — Flächen ohne Ende — — Sand — Sand und Horizont. — — — Döberitz — wieviel Schweiß armer, gepeinigter Rekruten saugst du in deine Erde! Ueber deine Exerzierplätze segeln Brüllen der Unteroffiziere, schluppert sich das Reußen der glückseligen, kriechen die Geißler der hungernden Soldaten, niemand schüßt vor der Brutalität des preussischen Militärs die niemand sättigt.

Graufam und unerbittlich bereitest du uns vor auf letzten Märche in das Land der Granaten und Flammenwolken. Jede Stunde stößt uns weiter fort aus den letzten danken unserer geschändeten Jugend, jagt uns vor in die barmherzigkeit des Krieges, der uns verschlingen soll, da Bauch wir füllen sollen: arme Söhne des Proletariats numerierte Massen.

Wir kennen nicht mehr unsere Vergangenheit, wir sind sataniellen Aem d. Gegenwart geopfert und sollen die Zukunft mit unseren Leibern düngen. Wir sind zeitlos gepeinigtes hülsen wir mit Helmen, Bajonetten, Maschinengewehren und Gasmasken durch Tag und Nacht: Kinder mit Handwert von Mördern. — unentrinnbar treiben wir letzten Tage unseres qualvollen Lebens zu.

Zerschlagen erheben wir uns in der Frühe, todtaumeln wir abends in die Baracken. Erstorben ist das pelliche Denken. Nur manchmal spukt in uns ein fernes Bild den Tagen der Kindheit: eine Jugendjahre am Bach, Spiel Speer und Tomahaw und Tänze um Felte und Lagerfeuer milde Romantik Karl May'scher Gestalten. — — — Man plötzlich zwischen Sturmangriff und Laufwechsel am Maschinengewehr. — — — Die Mutter ruft aus dem Fenster: „Peter! Kauf, meine Junge. — — — Abendrot! — — —“

(Fortsetzung folgt)



# Nazis und Nazis in der Nordhebe einig

## Der dritte Tag der Kampfdebatte im Landtag

In der Donnerstagssitzung des Preussischen Landtags wird die politische Aussprache über die Misstrauensanträge gegen das Staatsministerium vom fortgesetzt. **Abg. Stenkel (DVP)** erklärt, daß seine Fraktion den Misstrauensanträgen zustimmen werde. Die Worte des Reichsanwalters, daß die heutige Notlage zusammenzufassen sei, unter dem Redner, betont aber, daß man dann die Gegenfrage im nicht vertiefen dürfe. Das tue aber die heutige Politik in nicht. Die Fragestellung vor Beamten und Polizeioffizieren gegen die Beteiligung am Volksentscheid widerspreche der Verfassung und der Erklärung des Preussischen Innenministers im Landtag.

**Abg. Kester (Landvolk)**: Der vom Minister befristeten Landtag der Selbstschutzverbände könne das Landvolk nicht zuzustimmen, da es den staatlichen Schutz für das flache Land in Gefahr nicht als ausreichend erachte.

**Abg. Riebel (Staatsp.)**: Wenn der Abg. Steinhoff sich Schachts Harzburger Wort von den „rastenden“ zitierte, solle er sich die außerplanmäßigen Anträge an Preußens ansehe, über die jetzt der Hauptauftrag zu beraten habe. Dort finde sich z. B. ein Votum von **Abg. Marz**, der auf dringenden Antrag der Generalverwaltung des Königshauses durch die Staatskasse zur Ausführung gelangt sei. Daraus erkenne man, wo „rastende“ Leute

**Abg. Leonhardt (Wirtschaftsp.)** verlangt tatkräftiges Herantreten an die Reichs- und Verwaltungsreform und parlamentarischen mit den Steuergeboten.

**Abg. Kliech (Christl. Soz. Volksdienst)** beschwert sich über rechtliche Personalpolitik.

**Abg. Reinert (Soz.)**: Wir begehen jetzt ein Jubiläum. Es ist zurzeit zum 25. Male der Rechts- oder Linksblock beantragt worden, der wärtigen Staatsregierung das Vertrauen zu entziehen. Da Schicksal solcher Anträge immer schon vorher feststeht, ist es Spiel nicht nur langweilig, sondern auch nutzlos. Die Rechts- und Linksblockbewerber haben dabei nur gemeinsam: die politische Notwendigkeit. — Der Redner zitiert die Neuerungen der Nationalsozialisten vom Kappeler, von der bevorstehenden „Macht der langen Hand“ um. Besonders wendet er sich gegen die Polizeierbe von Hameln, die dem Innenministerium die Zukunft gegeben habe, sie müsse nicht, wer jenseits sozialistische Flugblätter zum Volksentscheid herausgegeben habe, in dem u. a. dazu aufgerufen war, namentlich aufgeführte Sozialdemokraten „zusammenhängen“. Er verlange, daß die Regierung mit aller Macht die nationalsozialistischen „Ketter“ in der Polizei ausräume. Die Forderung zum politischen Mord lasse die Vereinfachung von Kommunisten und Nationalsozialisten erkennen. In Köln z. B. sei durch kommunistische Flugblätter zur Ermordung des Reichspräsidenten aufgefordert worden. In Berlin habe die KPD die Parole ausgegeben: „Jeden erschossenen Arbeiter werden zehn Schupos erschossen.“

So fänden sich diese „rauen Kämpfer“ bei Nazis und Kommunisten in trautem Verein zum politischen Mord zusammen. Der **Abg. Grobis (Komm.)** habe am selben Tage Stimmhaltung zum falschlüssigen Stahlhelm-Volksentscheid proklamiert, an dem die KPD-Zentrale den Anschlag an diese Aktion befohlen habe. Die Rechtsparteien, von der **Roten Fahne** als Großkapitalisten, Junker und Faschisten beschimpft, seien zum Volksentscheid gegangen mit der Parole: **Holt die rote Fahne nieder, wir wollen unser altes Preußen wieder!** Dafür hätten die Kommunisten mitgestimmt. Ein größerer Verrat an den Werktätigen sei gar nicht denkbar.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Den Dank an die Mitglieder der Deutschen Volkspartei habe Giller in die Worte geleidet, die nationalen Bürger hätten sich geschlagen wie die Säue, ausgerissen wie Schafleder. (Heiterkeit.) Wie die Nationalsozialisten über die Deutschnationalen dächten, ergebe sich aus einem nationalsozialistischen Gedicht, in dem Eugen Berg ein „schielig-mieser Zwerg“ genannt werde.

Die kommunistische Rote Gewerkschaftsopposition diene nur dazu, die Macht der Gewerkschaften zu brechen, damit es den Rechtsparteien leichter falle, die Erzeugnisse der Arbeitnehmer zu befeigen. (Lärm bei den Komm.) An die gesamte Arbeitnehmerschaft appelliere daher die SPD, einzig zusammenzutreten zur Abwehr dieses Anschlages von Kapitalisten und Kommunisten.

Die Behebung der Wirtschaftskrise sei nur möglich bei internationaler Verständigung aller Völker, und die sei von den Rechtsparteien von jeher abgelehnt und bekämpft worden. (Beifall links.) Viele Kapitalisten haben sich in der Schweiz und in Holland bei den Banken angelehnt, um das in Deutschland so nötige Kapital zu verschleichen. Die Repräsentanten dieser Leute hätten jetzt wieder den Harzburgern zugejubelt. Diese Leute seien es auch, die die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, sogar die Kommunisten finanzierten, weil sie den Staat haßten, der sie unterstützte und dessen Geld sie vergeudet. Wenn das Ziel der Rechten und der Kommunisten der Bürgerkrieg sei, dann sollten sich diese Parteien überlegen, daß die Kapitalisten in der Minderheit sind. Die SPD, sagte an alle anhängigen Menschen die **Wahrung mitzuhelfen, daß Preußen und damit Deutschland gerettet werde.** (Beifall bei den Soz. — Lachen rechts.)

**Abg. Bort (Dnat.)** Die Sozialdemokraten predigen den Klassenkampf und wollen sich scheidenbar mit den Kommunisten verständigen. Die Deutschnationalen hätten nur deshalb Anträge der Regierungsparteien übertrumpft, um sie ad absurdum zu führen. Das festhalten an den Tarifverträgen sei ein Unglück. (Hört! Hört! bei den Soz.) Im übrigen sei die Wahrung herits im Verfall.

**Abg. Dr. Ausländer (Komm.)** kritisiert die Sparmaßnahmen und besonders den Lehrabbau.

**Abg. Brelle (Dt. Frakt.)** sieht in der Aufrechterhaltung der Familie den besten Schutz des Kindes. Wenn im Interesse der deutschen Einheit Preußen dem Reiche Platz machen wollte, wäre das eine Großtat. Wegen der Notverordnungen würden seine Freunde den Mißtrauensvotum zustimmen.

reich und Rußland geregelt werden, indem zwischen den in Rußland von den Franzosen und den in Frankreich von den Russen getätigten Käufen ein Ausgleich geschaffen wird.

# Preußens Regierungsparteien zur Notverordnung

Die preussischen Regierungsparteien haben im Landtag zu der Sparnotverordnung der preussischen Regierung folgende Entschließung eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. Die Beförderungssperre wieder zu befeitigen. 2. Bestimmungen zu treffen durch die besondere Härten beseitigt werden, die Beamte und Angestellte des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände durch die Verordnung vom 12. 9. 1931 treffen. 3. Die Verordnung vom 12. 9. 1931 dahin abzuändern, daß die Dienstbezüge der nichtplanmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten den entsprechenden Bezügen der Reichsbeamten angeglichen werden. 4. Die im Kap. V § 2 des zweiten Teils der Verordnung vom 12. 9. 1931 enthaltenen Änderungen des Polizeibeamtengesetzes vom 31. 7. 1927 wieder rückgängig zu machen. 5. Auf die Reichsregierung einzuwirken, daß Beförderungsvorschriften in Zukunft gleichmäßig für die Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden erlassen werden, damit die Gefahr einer immer stärker werdenden Verschiedenheit der Beförderungsverhältnisse von gleich zu bemerzenden Beamten der öffentlichen Körperschaften wieder beseitigt wird. 6. Eingriffe in die Selbstverwaltung und die Ausschaltung der Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände auf die augenblickliche Notzeit und die dringendsten Fälle zu beschränken.

# Die Spalter renommierten

Die Spalter lassen durch ein bürgerliches Büro mitteilen, daß sie bei den hessischen Landtagswahlen im November eine eigene Liste aufstellen werden. In Offenbach bestände bereits eine Ortsgruppe der Spalter, in anderen Orten Hessens würden ebenfalls demnächst Ortsgruppen gebildet werden.

Das Bezirksbüro der SPD für Hessen teilt zu dieser Meldung mit, daß in Offenbach bisher nur 14 Mitglieder aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sind. Aus dem übrigen Hessen liegen Austrittsmeldungen überhaupt nicht vor.

# Liefert den Erwerbslosen Kohlen und Kartoffeln!

Eine der dringlichsten Forderungen der Sozialdemokratie ist die nach einer zusätzlichen Winterhilfe für Arbeitslose und sonstige Bedürftige durch die Lieferung von Kohlen und Kartoffeln auf Kosten des Reiches.

Wie berechtigt dieses Ansinnen ist, wird am besten dadurch bewiesen, daß an einzelnen Stellen diese Forderung bereits aus eigener Kraft zu verwirklichen gesucht wird. So ist in der Rheinprovinz, wo die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene durch den sozialdemokratischen Landesrat und Reichstagsabgeordneten Gerlach geleitet wird, kürzlich beschlossen worden, allen arbeitsfähigen, aber zur Zeit arbeitslosen Schwerbeschädigten eine zusätzliche Winterhilfe zu gewähren. Sie soll darin bestehen, daß im allgemeinen pro Familie fünfzehn Zentner Kohlen und bis zu fünf Zentner Kartoffeln gegeben werden. Den hilfsbedürftigen Witwen und Kriegereckelern soll, soweit die Mittel reichen, dieselbe Vergünstigung gewährt werden wie den arbeitslosen Schwerbeschädigten.

Hoffentlich ist das gute Beispiel der größten preussischen Provinz ein Anlaß zu ähnlichem Vorgehen für die anderen Teile des Reiches.

# Prinz Luwi leugnet die Millionen seines Vaters

In Anhalt finden am 25. Oktober Gemeinde- und Reichstagswahlen statt. Im Verlauf des sehr scharfen Wahlkampfes hat sich am Mittwochabend in Dessau eine amüßante Szene abgepielt.

Die Nationalsozialisten ließen am Mittwoch als Sensation den Hohenzollernprinzen August Wilhelm in einer Versammlung in Dessau sprechen. Die Sozialdemokratische Partei beehrte diese Versammlung mit einem Flugblatt, das wenige Stunden vor Beginn der Versammlung in der ganzen Stadt und besonders unter den Versammlungsbesuchern verteilt wurde. Auf diesem Flugblatt wurde Prinz August Wilhelm gefragt, wie er als Redner der „Arbeiterpartei“ über die Fürstenabfindung denke! Die Sozialdemokratische Partei hatte auf dem Flugblatt den loeben von ihrer Fraktion im Reichstag eingebrachten Antrag gegen die Fürstenabfindung wiedergegeben und den prinzipialen Redner der Arbeiterpartei aufgefordert, zu erklären, wie er zu diesem Antrag stehe. Man hatte ihn gefragt, ob er nur über die Not des Volkes reden oder ob er durch eine entsprechende Haltung zu diesem Antrag dazu beitragen wolle, die Not der Vermissten praktisch lindern zu helfen. Das Flugblatt hatte unter den Nationalsozialisten in Dessau begeisterte Erregung hervorgerufen. Der Hohenzollernprinz August Wilhelm sah sich genötigt, gleich zu Beginn seiner Rede darauf einzugehen. Er brachte aber nichts weiter zustande, als die getadete klassische Erklärung: „Was will man denn nun noch von uns haben, denen man schon alles genommen hat!“

Angesichts der Fürstenabfindung, die der Arbeiterbevölkerung noch sehr gut in Erinnerung sein dürfte, bedeutet dieser Auspruch geradezu eine Verhöhnung. Man darf danach wohl annehmen, daß die Nationalsozialisten gegen den sozialdemokratischen Antrag im Reichstag stimmen werden, denn in der hitlerischen Arbeiterpartei dürfte wohl der Hohenzollernprinz als der Sachbearbeiter in Sachen Fürstenabfindung gelten müssen. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls dafür sorgen, daß der erstaunliche Prinzenauspruch zum gestügeltsten Worte wird.

# Die Kommunisten sabotieren Wohnungsbau

In Berlin haben sich die Kommunisten bei den Bemühungen der Stadt, den Wohnungsbau durch eine 15-Millionen-Würgschaft anzukurbeln, wieder einmal als Arbeiterfeinde entpuppt. Es handelte sich darum, ob eine Dringlichkeitsvorlage des Magistrats, die der Behebung des Berliner Wohnungsbaus diene, im Plenum sofort verabschiedet werden konnte. Um möglichst viele Wohnungsbauten finanzieren zu können, hat der Magistrat die Zuschüsse aus Hauszinssteuermitteln um 50 Prozent gestreckt. Die restliche Hälfte müssen die Bauherren selbst durch Hypotheken bei gemeinnützigen Institutionen aufbringen, wofür die Stadt in der Dringlichkeitsvorlage die Bürgschaft übernehmen will. Die sofortige Verabschiedung der Vorlage verhindern die Kommunisten durch ihr Verlangen, die Angelegenheit erst in einem Ausschuss zu verhandeln.

# Calles Diktator von Mexiko

Der frühere mexikanische Staatspräsident Calles wurde mit Rücksicht auf die gespannte politische Lage am Donnerstag zum Militärdiktator ernannt. Das mexikanische Kabinett ist inzwischen zurückgetreten. Es wird der Ausbruch einer Militärrevolte befürchtet.

# Neues Kabinett in Spanien

## Ministerpräsident Azana — Starke sozialistische Beteiligung — Starker Linksdruck

Die spanische Revolutionsregierung ist strengt. Alcala Zamora, der bürgerliche Führer im gegen die Bourbonen, und Miguel Maura, der Sohn jüngerer großen konservativen Ministerpräsidenten und erster Minister der Republik, sind zurückgetreten. Das Gesamtkabinett ist ihnen gefolgt. Unter der Führung des spanischen Kammerpräsidenten Professor Ciano, des langjährigen Chefs der spanischen Regierung, ist das neue Kabinett sofort zustande gekommen. Es enthält im Wesentlichen die bisherigen Mitglieder der republikanischen Linken und der Sozialisten. Den Vorsitz führt der bisherige Kriegsminister Maura, eine der stärksten Energien, über die die spanische Regierung verfügt. Der Mann, der innerhalb dreier Monate die alte königliche Armee von Grund auf aufbaute und etwa zwei Drittel ihrer Offiziere entließ. Nur einer Mann ist in die Regierung eingetreten, der Rektor der Madrider Universität Professor Giral. Das war der alte Frontkämpfer für die Republik, Marineminister Zamora, Calares Quiroga, ist ins Innenministerium umgezogen, an einen Platz, der ihm seit Monaten bestimmt schien. Damit ist die Front des Kabinetts erheblich nach links verschoben worden. Die Homogenität gewonnen, ist zweifellos für die entscheidenden Kämpfe der nächsten Wochen besser gerüstet als die Regierung der Republik.

wir uns vor Illusionen! Wenn persönliche Unterredungen, wenn offene Aussprachen zwischen den Regierungschefs auch als die sicherste Methode erscheinen, um die Regeln einer normalen Wirtschaft wiederzufinden, so wäre es doch übertrieben, von diesen endgültigen Lösungen zu erwarten. Eine unregelmäßige Produktion, Währungswirren und ein zu großes Vertrauen in die Spekulation haben Arbeitslosigkeit und Elend verursacht. Noch niemand kennt bisher das einzig geeignete Heilmittel; aber ein strenges Regime ist notwendig. In vier Tagen werden wir in Washington nicht die Geschäfte der Welt in Ordnung bringen. Wir werden unsere Ideen einander gegenüberstellen. Dem Präsidenten Hoover werde ich sagen, was mein Land denkt, was es wünscht und was es tun kann. Die französische Regierung hat bereits ihren Willen zum Handeln gezeigt. Nach meiner Rückkehr werde ich dem Parlament Bericht erstatten, es wird sich über die Aktion auszusprechen haben, die darauf hinzielt, unter den gegenwärtigen Umständen die französischen Anstrengungen mit den Bemühungen der großen amerikanischen Demokratie zum Gemeinwohl und zur Befestigung des Friedens in engere Verbindung zu bringen.“

# Die französisch-deutsche Wirtschaftskommission beginnt

Die französischen Mitglieder der deutsch-französischen Wirtschaftskommission traten am Donnerstag nachmittag im Innenministerium zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In einem Communiqué heißt es über die Besprechungen:

„Ministerpräsident Laval hat zu Beginn der Sitzung die Mitglieder der Delegation begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen, daß ihre Arbeiten die Politik vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Deutschland, die die französische Regierung befolgt, erleichtern werde. Unterstaatssekretär Gignoux hat dann die Entstehung der Kommission geschildert, ihr Programm skizziert und die Arbeitsmethoden vorgeschlagen. Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, der der Sitzung beistand, wies seinerseits auf die Natur und die Vielseitigkeit der Fragen hin, mit denen sich die Kommission zu beschäftigen haben wird. Er legte dar, in welchem Sinn und in welcher Art die Arbeiten der Kommission trotz des komplizierten und schwierigen Charakters der gegenwärtigen Umstände zu interessantesten Ergebnissen führen können. Das Generalsekretariat der französischen Delegation wird sich ohne Aufschub mit dem deutschen Generalsekretariat in Verbindung setzen, um endgültig die Ansichten der beiden Delegationen über das Programm und die Arbeitsmethoden der Kommission anzugleichen. Eine Vollendung der Kommission wird für ein sehr nahes Datum ins Auge gefaßt.“

Francois-Poncet ist am Donnerstagabend nach Berlin abgereist.

# Vor dem Abschluß eines französisch-russischen Handelsvertrages

Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, stehen die seit mehreren Monaten geführten Verhandlungen über einen französisch-russischen Handelsvertrag vor dem Abschluß. Die größte Schwierigkeit bestand in der Forderung der Russen, für die in Frankreich bestellten Erzeugnisse längere Zahlungsfristen zu erhalten. Allein weder die Regierung, noch die französische Industrie erklärten sich bereit, der russischen Regierung direkt oder indirekt Kredite zu gewähren. Diese Schwierigkeit ist nach dem „Petit Parisien“ durch folgendes Verfahren umgangen worden:

Der allgemeine französische Produktionsverband, der etwa mit dem Reichsverband der deutschen Industrie zu vergleichen ist, wird am Freitag die Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von einer halben Million Franks beschließen. Durch Vermittlung dieser Gesellschaft soll der Warenaustausch zwischen Frank-

# Laval nach Amerika abgereist

Ministerpräsident Laval ist heute vormittags um 8.10 Uhr, begleitet des Präsidenten des Pariser Handelsgerichts, nach Amerika abgereist. Auf dem Bahnhof waren die Kabinettsmitglieder und der amerikanische Botschafter erschienen, um sich von dem Ministerpräsidenten zu verabschieden. Trotz der frühen Morgenstunde sah vor dem Bahnhof eine große Menschenmenge, die Laval mit zahlreichen Hochrufen begrüßte. Die Begleiter des Ministerpräsidenten, darunter der Nationalökonom Professor Riff, der Finanzfachverständige Mentzer, der an den Verhandlungen über den Abschluß Schuldenabkommens zwischen Frankreich und Amerika beteiligt war, der Rechtsberater des Quai d'Orsay, Devant, und ein Attaché des Obersten Landesbedienstungsrates verlassen Paris mit einem späteren Zug. Gegen 11 Uhr trifft Laval in Le Havre ein, wo er von Stadterwaltung im Rathaus empfangen wird. Die „France“, auf der Laval nach Amerika reist, wird gegen 12 die Anker lichten.

# Laval über die Ziele seiner Reise und die Weltwirtschaftskrise

Vor seiner Abreise gab Ministerpräsident Laval am Donnerstagabend vor den Vertretern der internationalen Presse eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Eine schwere Krise erschüttert die Welt. Die Regierungen suchen sich durch Mittel, die sich bisher als unzureichend erwiesen haben, ein Uebel zu befeitigen, das mehr und mehr um sich greift. Frankreich ist gesund und geblieben. Es vertritt diese bevorzugte Lage der Arbeit und dem Sparsinn. Jeder Zeit kann man die Isolierung nicht als ein hinreichendes Vorbeugungsmittel betrachten. Die Interessen der Nationen sind derart miteinander verflochten, eine Nation vollkommen vor Gefahren geschützt werden kann, die anderen bedrohen. Frankreich versteht, wenn es nötig ist, anders als durch den egoistischen Beweggrund des Interesses zu scheitern. Wir haben im Juli auf den Vorschlag des Versailler Komitees. Kürzlich haben wir in den Unterredungen von Paris, London und Berlin unter Leitung unserer weitestgehenden Interessen an der internationalen Zusammenarbeit teilgenommen, die mehr als je nötig ist. Die Welt ist im Hinblick auf eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich unternehmend, hat große Hoffnungen geweckt. Hü-



**STADTHEATER**  
Freitag, 20. bis 22.  
Abonnements-Vorstellung C 3  
**Diebello**  
Sonnabend, 20. bis 22.45  
Abonnements-Vorstellung Q 4  
**Sommers-Gründungen**  
Sonntag, 19. bis 17.30  
(Ermäßigte Preise)  
**Maertha**  
19 bis 22.45  
Abonnements-Vorstellung H 4  
**Eohengrin**

**LOBETHEATER**  
Freitag 20.15 bis 22.45  
Sonnabend 20.15 (und Sonntag) Aufführung  
**Leinwand Komma**  
Sachliches Spiel  
von Frank Maer

**THALIA THEATER**  
Täglich 20.15 bis 22.15  
**Mina**

**Schauspielhaus**  
Gastspiel  
Deutsches Theater, München  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Breslaus Sensation**  
**Im weißen Rössl**  
Börgerlauf dauernd.  
Tel. 36.00 und 335.80

**AKAZAR**  
Tanzpalast / Varieté  
Zirkus-Revue  
**Breslaus Nachtleben!**  
**VACUUM**  
(früher Broadway)  
**Bierkabarett u. Tanz**  
Tägl. das große Lachprogramm  
Publikums-Tanz

**Fräulein Mohaupt**  
nur Bühnen-  
platz 20.1  
Ede Ring, früher Karlsru. 1.  
**Leihweise**  
Smoking u. Gehrocken  
Klapphüte • Tel. 570.82

**Parteilreunde**  
kaufen an Bahnhöfen,  
verlangen in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
stets die  
**Volkswacht**

**Was hat das Stadttheater?**  
Beachten Sie das morgen erscheinende Inserat!  
0786

**Spielplan der Breslauer Lichtspielhäuser**

<b>Walhalla</b> Lichtspiele Wachtplatz Der 100%ige Tonfilm <b>Nie wieder Liebe</b> mit Lillian Harvey Felix Bressart, Harry Liedtke Dazu das große Tonfilm-Beiprogramm und Fox übende Wochenschau	<b>Hansa</b> Lichtspiele Mattheustr. 69/71 <b>Unter den Dächern von Paris</b> ein 100%iger Sprech- und Tonfilm Dazu Lustspiel, Kulturfilm und Fox übende Wochenschau.	<b>Juma</b> Lichtspiele Sandstraße 1, am Neumarkt Ununterbrochen ab 10 Uhr vormittags Wir zeigen: <b>Charlotte Susa</b> <b>Gustav Diessel</b> <b>Carl Günther</b> Im 100%igen Tonfilm <b>Das gelbe Haus des King Fu</b> Außerdem das reizende Beiprogramm Sonntag ab 2 Uhr: Jugendvorstellung.
<b>Oderator</b> Lichtspiele Waisenstraße 53-55 <b>Der wahre Jakob</b> mit Felix Bressart, Ralph Roberts Dazu die Filgersensation <b>Die Luftpatrouille</b> Sonntag 2 1/2 Uhr: Jugendvorstellung. (Saalplatz 25 Pl.)	<b>Apollo</b> Lichtspiele Adalbertstraße 8 <b>Siegfried Arns, Ernst Varobes</b> in <b>Das Geheimnis der roten Katze</b> der Riesenschlächter Im Beiprogramm Hetzjagd auf Mensch u. Tier	

**LIEBICH**

Ph. Lesing u. Gebr. Hirschberg  
Das **neue** Starprogramm!  
Vom 16. bis 31. Oktober  
8 1/2 Uhr  
**Christiane u. Duroy**  
Die Tanz-Sensation v. Folies Bergères Paris  
„Eine nach sie gab es keine Leistung“ schreibt die Presse  
**Dschapar?**  
Das Wunder vom Ganges  
**H. Franklin** Gruppe  
Tanzpaar  
**Die Lieblinge Amerikas!**  
**Ritters Midgets-Revue**  
Die Attraktion vom Broadway! Nach ihrer triumphalen Tournee durch Nord- und Südamerika zum 1. Male in Europa  
**Martha Bühner**  
Deutschlands bester weibl. Komiker  
Eine halbe Stunde Lachsalz!  
**JUPITER** Der sprechende Hund  
Das bekannte Meisterschauspielpaar  
**Ella und Jenny van Hall**  
wird in der nächsten als Erste in Europa verführt, tanzend und demütigend  
**Rumba**  
Der Tanz von 1931  
**Hakon von Eichwald**  
und seine 12 Blue Boy spielen im Rahmen ihres völlig neuen großen Programms  
**Rumba**  
**Roberto Vasconcelos**  
Ein Künstler! — Ein Pferd!  
**Liebich-Woche** Neues aus aller Welt

**Zentral**

Theater - Wendenstr. 50  
Bis Donnerstag, den 22. Oktober  
bringen wir wiederum ein **Bomben-Programm**  
**Bomben-Besetzung** **Bomben-Schlager**  
**Bomben-Stimmung**  
in dem neuesten Ufa-Großtonfilm  
**Bomben auf Monte Carlo**  
mit Hans Albers, Anna Sina, Heinz Rühner u. a.  
Stimmungsvoll, humoristisch, frisch und mit-  
reifend — so sind die entzückenden Schlager —  
so ist der ganze Film, der auch Sie begeistern wird  
Im stimmungsvollen mit voll. Orchesterbegleitung  
Hans Braunwieser i. d. herrlich. Kriminal-Lustspiel:  
**Die Juwelenmörder**  
5 Akte voll Spannung, Humor und Liebe  
Auf der Bühne: **Miere Will** in ihrem tollen  
Film-Sketch „Halle — ich suche meine Bräutigam“  
Beginn täglich 4.30 — Letzte Vorstellung 8.45

**ATLANTIK**

Grüschener Straße 74 Tel. 585.08  
Nur von Freitag bis Montag  
Die reizende Tonfilm-Operette  
**Der Bettelstudent**  
mit **Hans Heinz Bollmann, Fritz Schulz**  
Dazu das reichhaltige Beiprogramm und Doppel-Bühnenschau  
Nur von Dienstag bis Donnerstag  
**Mady Christians**  
in dem Groß-Tonfilm  
**Das Schicksal der Renate Langen**  
Dazu reichhaltiges Beiprogramm und Doppel-Bühnenschau  
Anfangszeit: 4.50, 6.55, letzte Vorstellung 9 Uhr

**WELTBÜHNE**  
Friedrich-Wilhelm-Str. 35  
Das Großkino des Westens  
Werktag 5, Sonntag 3  
Letzte Vorstellung 8.30  
**3 Schlager-Programme**  
(Film und Bühne)  
1. Der lustige Tonfilmroman  
**Die große Attraktion**  
mit  
Richard Tauber, Siegfried Arns  
Teddy Birt  
Marianne Winkelstein  
2. **Wettlauf um den Mann**  
Ein tolles Spiel um Sport und Liebe  
3. Auf der Bühne:  
**Evy and Marny**  
Das vielseitigste Tanzpaar der Welt

**ASTORIA-PALAST**  
Fürstenstraße 32  
Das modernste Lichtspielhaus der Provinz

Werktag 4.30, Sonntag 3  
Letzte Vorstellung 8.30  
**3 Schlager-Programme**  
(Film und Bühne)  
1. **Willy Forst**  
in seinem amüsanten neuen Tongroßfilm  
**Der Raub der Mona Lisa**  
Die berühmte Paris-Sensations-Affäre, die die Welt in Atem hielt  
2. Der  
**Schimmelreiter**  
Ein echtes, schmissiges Texas-Abenteuer in 6 Akten  
3. Auf der Bühne:  
**Nauti u. Nauti**  
Die zwerchhellen-erschütterndsten

Montag, den 19. Oktober, 20 Uhr  
**II. Abonnements-Konzert der Schles. Philharmonie**  
Dirigent: Richard Lert  
Solist: Enrico Mainardi 9785

**Primus-PALAST**  
Hubenstr. 10

Der stürmische Heiterkeitserfolg!  
Sie lachen Tränen über  
**Felix Bressart**  
in  
**Der keusche Josef**  
Tollende Lachstürme über  
**Felix Bressart, Henry Bender, Paul Heidemann**  
**Paul Westermeier, Harry Liedtke, Ida Wüst**  
**Ossi Oswald** usw.  
Ferner:  
Als 2. großer Schlager

**Die Sünden einer schönen Frau**  
Ein pikantes Sittenbild mit  
**Marcella Mihani — Walter Rilla**  
**Ufa-Wochenschau**  
Täglich 4 1/2 Uhr  
Erwerbslose bis 7 Uhr halbe Preise!  
Sonntag 3 Uhr:  
**Große Kinder- u. Familien Vorstellung**  
**Abenteuer in Wildwest**

**Genossen** deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

**Billige Möbel**  
in gediegener Garantie-Arbeit

**Speisezimmer**  
echt Eiche, aparte Form, 200 cm breit, vollst. kompl.  
**Herrenzimmer**  
echt Eiche mit Nußbaum, 180 cm breit, vollst. kompl.  
**Schlafzimmer**  
echt Eiche, 180 cm breit, vollständig komplett  
je **685 RM**  
Langjährige Garantie!  
**S. Brandt & Co.**  
Gartenstraße 65  
Vergnügungspalast „Broadway“

**Volltreffer**

**Damen-Wollstoff-Kleider**  
aus Popeline, Ripspopeline, Krepp-Kaid usw.  
hübsche Formen  
Hauptpreislagen:  
**3 95 5 90 7 50 9 50 11 50**

**Frauen-Wollstoff-Kleider**  
neue praktische und kleidsame Form, bis größte W.  
Hauptpreislagen:  
**7 50 9 50 12 50 14 50**

**Trikot-Charmeuse-Kleider**  
gute Qualität, moderne Farben  
Hauptpreislagen:  
**6 90 9 50 12 50 14 50**

**Wachsamt-Kleider**  
Damen- und Frauen, d. größte Weiten, je n. Ausfüh.  
Hauptpreislagen:  
**4 95 7 50 9 50 12 50**

**Frauen-Hauskleider**  
warm, Velour- u. bedruckte Zwirnstoffe, bis größte W.  
Hauptpreislagen:  
**4 95 5 00 6 50**

1000 modernste  
**Backfisch-, Damen- und Frauen-Winter-Mäntel**  
mit großen Plüsch- und Pelzkragen, größtentell.  
ganz auf Kunstseide gefüttert, aus den besten und  
richtigsten Winterstoffen hergestellt  
Hauptpreislagen:  
**14 50 19 50 22 50 29 50**

**Mädchen-Kleider**  
a. Velour, Schotten usw. für Kleinkinder u. Schulmäd.  
Hauptpreislagen:  
**95, 1 45 2 75 3 95 5 50 6 50**

**Mädchen-Schulmäntel**  
mit großem warmen Plüschkragen, je nach Größe u. Qua.  
Hauptpreislagen:  
**6 95 8 75 10 50 12 50**

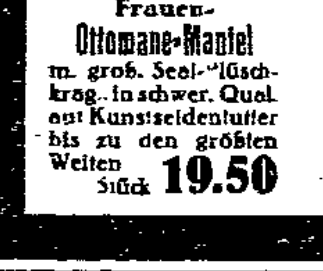
**Knaben-Wintermäntel**  
aus guten praktischen Stoffen, warm gefüttert  
Hauptpreislagen:  
**7 50 10 25 12 50**

Wir kaufen soeben einen großen Fabrik-Lagerposten  
ganz wundervolle, moderne, durchweg garantierte  
**Damen-Hüte**  
in den schönsten jugendlichen  
Damen- und Frauenformen, dar-  
unter **Chasseurs, Dreispitze,**  
**tesche Aufschlagformen**  
Glocken usw., weiche, nur  
gute Filzqualitäten, in nur  
dunklen, modernen Farben, wie  
grün, marine, braun, schwarz etc., reich  
mit abgestepften Biesen verarbeitet,  
zum Selbstaussuchen... Stück 2.45  
**1.45**

**MESSOW**  
G.m. b. H.  
Schmiedebrücke  
**WALDSCHMIDT**  
**Goldene Zeauring**  
ingenios — Gravierung gratis  
Stadtbekannt billigste Preise  
Größtes Lager auch in  
**Uhren und anderen Gefhrent-Verf.**  
für streng reelle Bedienung bürgt  
das 45 jährige Bestehen meiner Firma  
**Hilbert Wöwius** Tel. 2  
Gegründet 1886 Schmiedebrücke  
**Achtung!** Mein Geschäft befindet  
sich nur in der Schmiedebrücke

**Urania**  
12 Monatshefte  
und 4 Bücher  
**Des Poetischen Kosmos**  
zu beziehen durch die Buchhandlung  
in Breslau u. die Fernbestellung

**Goldene Zeauring**  
ingenios — Gravierung gratis  
Stadtbekannt billigste Preise  
Größtes Lager auch in  
**Uhren und anderen Gefhrent-Verf.**  
für streng reelle Bedienung bürgt  
das 45 jährige Bestehen meiner Firma  
**Hilbert Wöwius** Tel. 2  
Gegründet 1886 Schmiedebrücke  
**Achtung!** Mein Geschäft befindet  
sich nur in der Schmiedebrücke





## Breslauer Nachrichten

### Wwa

#### Die Arbeiter-Wirtschafts-Ausstellung

Morgen und übermorgen tagen in Breslau über hundert Ausschüsse der freien Gewerkschaften, um hier über ihre Aufgaben zu beraten. Aus diesem Grunde ist hauptsächlich die WWA, die Arbeiter-Wirtschafts-Ausstellung, von den eigentlichen gewerkschaftlichen Organisationen aufgebaut worden, um diesen Vertretern der Arbeiterschaft zu zeigen, daß Eigenbetriebe der Arbeiterschaft auch in dieser Zeit weiter aufzubauen sind. Der kleine Saal unseres Gewerkschaftshauses ist durch Genossen Lauffer in recht geschmackvoller Weise zu einem Ausstellungsraum hergerichtet worden, und in dieser Weise ist allen Besuchern Gelegenheit gegeben, sich einen Überblick über die Wirtschaftsstruktur und die Produkte der einzelnen Eigenunternehmungen der Arbeiterschaft zu machen.

Die ganze linke Wandseite des kleinen Saales ist für den Konsumverein vorwärts hergerichtet, der in einer Reihe von Reihen die mannigfachen Produkte zeigt, die heute als ein moderner Arbeiterkonsum führt. Mancher Besucher ist erstaunt über diese Fülle und sich fragen, warum er nicht schon längst dies und jenes in seinem Konsum erstanden hat. Er wird auch der noch nicht Mitglied ist, dürfte durch diese sauberen Räume zum Kauf und zur Mitgliedschaft angeregt werden.

Auf der Bühnenseite präsentieren die Lindcarwerke ihre Produkte. Schon längst sind es nicht mehr die Fahrräder allein, sondern vor allem auch Nähmaschinen in den verschiedensten Ausführungen, die zu bequemen Zahlungsbedingungen für den Arbeiterhaushalt erstanden werden können. Gleich dicht dabei liegt der Bauhütten-Verband, daß man auch alles, was in eine Wohnung gehört, heute im Eigenbetriebe beschaffen kann. Leider erlaubt es nicht der Raum, daß hier alle in diesen Betrieben hergestellten Möbel hätten aufgestellt werden können. Aber jeder Interessent kann versichert sein, daß Möbel verschiedenster Art und in allen Preislagen von der WWA bezogen kann.

Vor dem Stande der Europa bleibt auch der stehen, der in einem Büro tätig ist, denn die Europa zeigt gerade hier die Vielfalt einer vielseitigen und lohnenden Arbeit. Da sie vom Kleinfabrikanten bis zur Rechenmaschine und Bürostrahl tätig ist, alles was auf diesem Gebiete in Frage kommt, zeigt sie alle Besucher zu einer näheren Beschäftigung. Die WWA sorgt für eine sorgfältige, die aber äußerst übersichtlich und lehrreich sind, ihren Aufstieg, der von Jahr zu Jahr weiter geht, beweisen. Die Arbeiterbank wirkt ebenfalls geschmackvoller und eindringlicher Weise für ihre Aufgaben. Es erhebt in sich einer Ausstellung hier in Breslau zeigt sich die Breslauer Elektriker-Gesellschaft und beweist in allen Dingen durch ihre Radio-Artikel, daß sie imstande ist, die neuesten und modernsten Anforderungen auf diesem Gebiete Rechnung zu tragen. Und ehe man wieder hinausgeht, wird man unwillkürlich durch den großen Büchertisch der Volkswacht-Buchhandlungen gefesselt und bei näherer Erörterung erfährt man, daß man schon zu erheblichen billigen Preisen sich hier manches erwerben kann.

In der gestern nachmittags stattgefundenen Eröffnung, zu der die Funktionäre der verschiedensten Arbeiterorganisationen eingeladen waren, wies Genosse Kuffert in kurzer Rede auf die Bedeutung dieser Ausstellung hin. Sie soll zunächst einmal einen Überblick über die verschiedensten Unternehmungen der Arbeiterschaft geben, dann aber auch gerade in der heutigen Zeit ihren Behauptungswillen trotz aller Wirtschaftskrise beweisen. Nur die Geschlossenheit der Arbeiter kann es hier weiter vorwärts bringen. Die verschiedensten Unternehmungen, die heute noch nebeneinander ihre bestimmten Leistungen haben, müssen in Zukunft, wie es auf einer Ausstellung außerordentlich notwendig ist, zusammengeführt werden. Welche große Macht hätte die Arbeiterschaft in den Betrieben, wenn sie alle ihre Bedürfnisse in ihren eigenen Betrieben decken würde. Allen Wachstumsarten, die auch unsere Unternehmungen zersplittern wollen, ein Damm errichtet werden. Und in diesem WWA: Alles wieder aufwärts!

Der Besuch dieser Ausstellung kann allen nur empfohlen werden. Bis zum 22. Oktober ist sie täglich von 10 bis 21 Uhr geöffnet.

## Vor zwanzig Jahren

### Polizeilicher Ueberfall auf ein sozialdemokratisches Begräbnis

Mitte Oktober 1911 verstarb in Breslau die Genossin Ida Kaiser, eine Frau des arbeitenden Volkes, die sich früh in den Kampf der Sozialdemokratie gestellt hatte. Ihr Mann, der Schuhmacher Wilhelm Kaiser, und auch sie, waren schon unter dem Sozialistengeheiß aktiv tätig. Mit besonderem Eifer hatte die Kaiserin gemeinsam mit der Genossin Alice Geiser, schon längere der neunziger Jahre die Frauenbewegung propagiert und in sie mehrere Frauenorganisationen gegründet, die jedoch von der Polizei stets wieder aufgelöst wurden. Beide Frauen wurden mehrmals vor den Kadi geladen und wie es in Breslau üblich ist, auch verurteilt. Der tapferen Genossin Kaiser bot sich eine Gelegenheit, für die Sozialdemokratie zu wirken, als 1908 Schranken fielen, die bisher gegen die politische Mitarbeit der Frauen aufgerichtet waren. Unermüdlich tätig sahen wir die Kaiserin bei der Gewinnung weiblicher Mitglieder und im öffentlichen Dienste der Kinderhülfs-Kommission. Die Pflichterfüllung im Beirungslampfe des Proletariats war ihr in Ehrlichkeit und Blut übergegangen.

Bei der Beerdigung der alten Genossin mußte die Breslauer Polizei, die sie im Leben so oft belästigt und verfolgt hatte, doch einmal zeigen, daß sie „die Kaiserin“ nicht vergessen hatte. In dem Trauerhause in der Berliner Straße formierte sich der Zug der Leidtragenden. An die Spitze positionierten sich vier Frauen, die Kränze mit roten Schleifen trugen. Ein Polizeikommissar trat an sie heran und forderte sie auf, die Schleifen zu entfernen. Die Frauen weigerten sich und die allezeit schlagfertige Genossin Lawa schickte es durch, daß sich die Trägerinnen mit den Kränzen in eine Droschke setzen durften. Als vor ihnen verlangt wurde, sie durften die Schleifen nicht sichtbar werden lassen, ließen sie den Kommissar mit seinen Beamten stehen und ließen los; die Schleifen hingen aus den Wagenfenstern. Trotz des ernstlichen Anlasses entwickelte sich nun eine Szene, die diesem Entgegenstande und Heiterkeit auslösen mußte. Fünf Polizisten gingen zu Fuß hinter dem Kranzwagen her, denn der Polizeioberst hatte keine Polizeipferde zu dieser Beerdigung kommandiert. Die Schleifer der Uniformierten liefen, um desto eiliger hatte es zu gehen. Doch letzterer hatte nicht mit einer Störung des Laufes durch die elektrische Straßenbahn gerechnet, und mit dem Weg vom Trauerhause bis zum Friedhofe mit mehreren Beamten besetzt war. Bei den Frauen erschien ein Mann, der seine Blechmarke als Talisman hochhielt und händig

# Herbststimmung!

Ich will nicht erst lange auf die blutrot oder quillengelb gewordenen Blätter verweisen, die uns jetzt so schöne neddliche Farbenspiele geben, denn das ist was für Maler- und Dichteraugen! Für Idealisten mit zerrissenen Hosen!

Ich stelle nur einfach fest, daß der Herbst da ist! Ich kann das jeden Tag an meinem Briefkasten beobachten, der neben amtlichen Zahlungsaufforderungen bis zum Rande mit Geschäftsreklamen vollgestopft ist. Die Firmen werben für die Herbstsaison und brauchen Geld. Eine sucht die andere zu übertrumpfen und den Kunden in Trapp zu setzen. Da lobt einer seine „neuen Herbstmodelle“ mit „rückwärtslos herabgesetzten Preisen“ und wendet sich speziell an die „gnädige Frau“. Ein anderer will mit seinem „unerhörten Preissturz“ auf Herbstartikel die ganze Welt aus den Angeln heben und läßt seine hungernden Provisionsreißenden wie einen Bienenschwarm auf das p. t. Publikum los. Und so geht es weiter. Sie alle warten auf das „große Herbstgeschäft“ mit Pauken und Trompeten...

Es herbstet also. Schon leuchten aus der Baise die Farben-symphonien eines Herbststrahles von der Kommode. Man schließt vor Wärme die Augen und behauptet, der Herbst, der melancholische, sei die herrlichste Jahreszeit. Man behauptet es!

Herbststimmung!



Angebot - und Nachfrage Das große Herbstgeschäft!

Aber der farbige Gruß geht bald in die Brüche. Die Blätter, die den Tod in sich tragen, fallen ab und das Zeug nimmt die Donna handweise auf, um es in den Eimer alles Vergänglichem, im Kehrichtkübel, verschwinden zu lassen.

Aber die von manchen so hochgeschätzte Jahreszeit hat wiederum große Schattenseiten: Wo bleibt die Heizung? Abzählen an den Knöpfen: „Soll man heizen?“ — „Nicht heizen...?“ — „Soll man?“

Die Frau des Ausgesteuerten hütet die noch vom Vorjahre im Keller liegenden drei Bricketts Broden wie kalifornisches Gold. „Daß mir ja keiner Kohlen raufholt! So kalt ist es jetzt noch nicht.“ Der Mann erhält geheime Order: „Schau dich so langsam nach einem Kohlenhändler um, der uns noch nicht so kennt...“ Durch den Kachelofen fährt ein langer Besen. Kuschelwarten

schrie: „Ich bin Polizeibeamter!“ Er drohte mit Verhaftung, wenn die Schleifen noch einmal sichtbar wurden.

Solche polizeiliche Störungen sozialdemokratischer Beerdigungen waren damals üblich, die Empörung, die sie hervorriefen, war für die Bewegung ein gutes Propagandamittel. Th. M.

Mittwoch, 21. Oktober, 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus, groß. Saal:

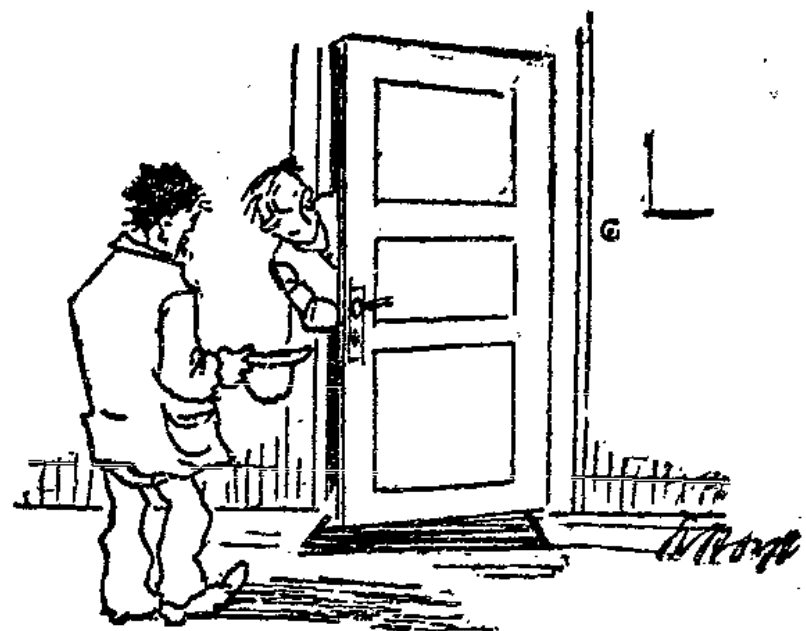
## Mitglieder-Versammlung

der Referent: Genosse Kurt Heinig Berlin Reichstag  
SPD. Thema: „Sozialdemokratie und wirtschaftliche Zukunft“

## Breslauer Fremdenverkehr

### Hauptversammlung des Verkehrsvereins Breslau

Der Verkehrsverein Breslau hielt unlängst seine Hauptversammlung im Rathaus zu Breslau ab. Der Geschäftsführer und Schatzmeister, Direktor Hallama, erstattete den Jahres- und Kassenbericht. Aus ihm geht hervor, daß die Arbeiten des Vereins im Berichtsjahre weiter zugenommen haben, insbesondere durch die Zunahme der Tagungen, deren Zahl 124 betrug. Die Zahl der in Breslau polizeilich gemeldeten Fremden betrug in Berichtsjahre 224567 mit 430778 Uebernachtungen. Die Stadt Breslau stand in Preußen sowohl in der Gesamtzahl der polizeilich gemeldeten Fremden, wie im Ausländerverkehr an sechster Stelle. In der Gesamtzahl der polizeilich gemeldeten Fremden stehen vor Breslau nur die Städte Berlin, Köln, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Hannover, dahinter aber ausgesprochene Fremdenstädte wie zum Beispiel Düsseldorf. Im Ausländerverkehr stehen vor Breslau Berlin, Köln, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Düsseldorf, dahinter aber beispielsweise Hannover. Es ist also nicht zutreffend, wenn immer wieder gesagt wird, daß Breslau keinen Fremdenverkehr besitzt. Im Gegenteil, Breslau besitzt für seine Lage einen sehr stark entwickelten Fremdenverkehr, namentlich, wenn man in Berücksichtigung zieht, daß zu den polizeilich gemeldeten Fremden noch eine außerordentlich große Zahl von Besuchern aus der Provinz kommt, die entweder in Breslau nicht übernachten und infolgedessen nicht polizeilich angemeldet werden, oder die bei Bekannten oder Verwandten Unterkunft finden. Das Zusatzgeld, das der Fremdenverkehr nach Breslau bringt, geht im Jahre in mehrere Millionen Mark und dieses Geld fließt erfahrungsgemäß in alle Wirtschaftszweige.



Auch eine Herbststimmung „Du liebe Zeit! Mein Mann geht ja selber festhen!“

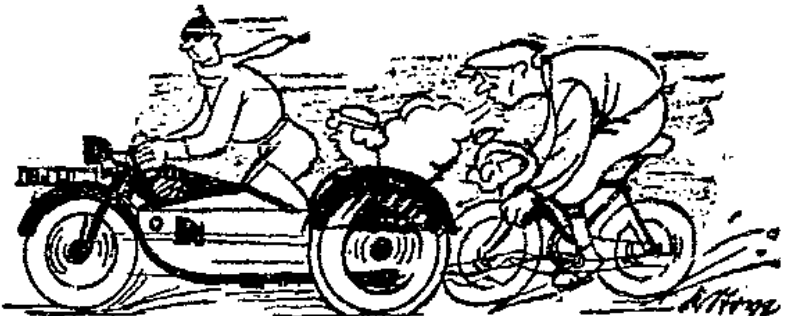
flattern umher und mächtige Risse und Löcher erinnern den Mieter, daß er einen Hausbesitzer hat, der alle Monate sein Geld einstreicht. Diensthilfen Befehl der Hausfrau an den Mann, den Kampf mit dem Hausherrn zu eröffnen. Und schon folgt der erste Herbststurm durch das Haus, dem sich mit elementarer Gewalt die Bodeneigenschaft des Vermieters entgegenstemmt...

Es rieselt, es nieselt... der Herbst ist da! Schlankte Mannequins marschieren auf und zeigen lächelnd die neuesten Modeschöpfungen für die verwöhnte Dame. Die sportliche Form wird heuer bevorzugt. Von den Pelzen der flache, kurzhaarige Breitshwanz, Persianer, Sealbfam und Fohlen — aber das interessiert ja nur den Cavalier mit der biden Brief-tasche. Der vom rückwärtsigen Lohnabbau betroffene oder entlassene arme Teufel kann sich diese Dinge nur im Schaufenster betrachten und muß froh sein, wenn ihm die Pfandvermieterin den einzigen Kammmantel nicht verfallen läßt.

Draußen in den ländlichen Gegenden holpern schwere Kastenwagen über die Chausseen und Feldwege. Auf den Feldern sieht man überall gebückte Gestalten, Männer, Frauen, junge Burschen und Mädchen. Es riecht nach Kartoffeln. Die letzte Ernte auf dem Lande, die unter prasselndem Queckenfeuer in den Säden verstaubt wird. Der Bauer hofft auf hohe Kartoffelpreise, aber ob er seinen Schnaps mit Zuversicht trinkt, kann ich nicht behaupten.

Ueber die aufziehenden Herbstnebel kreischen die abziehenden Vögel, die fluchtartig unser Land verlassen, das neue Armeen Arbeitslose aus dem Boden stampft.

(Text und Zeichnung von Karl Stone, Nürnberg.)



Rühle Herbstluft

„Hand, steh doch mal nach, da muß was in der Auspuffleitung nicht in Ordnung sein. Ich spüre die Gase direkt im Genick!“

Im Berichtsjahre wurde der Kleine Führer von Breslau in einer Auflage von 30 000 Stück herausgegeben. Mit Anzeigen, Aufsätzen, Vorträgen usw. ist gemeinsam mit dem Schlesiens Verkehrsverband und dem Verkehrsamt der Stadt Breslau geworden worden, ebenso mit Ausstellungen. Der Verkehrsverein Breslau hat sich u. a. an verschiedenen Ausstellungen beteiligt. Das Ausstellungsmaterial des Vereins ist im Berichtsjahre wesentlich vermehrt worden. Mit dem Schlesiens Verkehrsverband und dem Verkehrsamt der Stadt Breslau wurde mit Erfolg an der Herstellung besserer Eisenbahnverbindungen gearbeitet. Im Berichtsjahre ist weiter die Hauptgeschäftsstelle nach Gartenstraße 96, gegenüber dem Hauptbahnhof, übergesiedelt. Der Verein steht finanziell durchaus gut da. Der Gesamtumsatz belief sich auf 133 716,48 Mark.

Die Versammlung beschloß einstimmig, die Werbemaßnahmen in demselben Umfange fortzuführen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, ebenso der engere Vorstand mit Stadtrat Dr. Schimmelpfennig als Vorsitzenden.

## Aufmarsch des Reichsbanners

In der Berliner Straße markierten gestern abend die einzelnen Stadtabteilungen des Reichsbanners auf und formierten sich zu einem statilichen Zuge, der unter Borantritt der Volksmut und unter Begleitung einer großen Menschenmenge durch die Pojener Straße und die Weitenriedlung nach Böpelwitz markierte, wo er sich ebenfalls durch die Siedlung bewegte. Durch die Frankfurter Straße ging es dann zurück zum Striegauer Platz. Hier erfolgte die Auflösung des circa 1000 Mann zählenden Zuges.

## Nazizeitung verboten

Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Auf Grund des § 1 Abs. 2 Ziff. 2 in Verbindung mit § 12 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 79) sowie des § 2 Abs. 2 Ziff. 2 der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17. Juli 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 371) in der Fassung der Verordnung vom 10. August 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 436) hat der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien die in Breslau erscheinende „Nationalsozialistische Schlesiensche Tageszeitung“ auf die Dauer von drei Wochen mit sofortiger Wirkung bis einschließlich Dienstag, den 3. November 1931 verboten.

Das Verbot erfolgte wegen der in Nr. 180 der Zeitung veröffentlichten Kundgebung mit der Ueberschrift: „Wir wollen nichts mehr von euch hören.“

## Selbstmord auf dem Bahnsteig

Auf der Strehlener Strecke wurde gestern in den frühen Morgenstunden bei dem Kilometerstein 3,0 die Leiche eines Mannes gefunden, der sich vor einen Zug geworfen haben muß und überfahren worden ist. Soweit bisher festgestellt werden konnte, handelt es sich um den 31jährigen Schuhmacher Robert R. aus Strehlen.







# Annahme!!!

Ein Intermezzo  
in unserer  
Serie

**Hohe Qualität - Niedriger Preis**

Die niedrigen Preise für unsere Qualitätsware haben in letzter Zeit die Gemüter wieder einmal mächtig erregt.

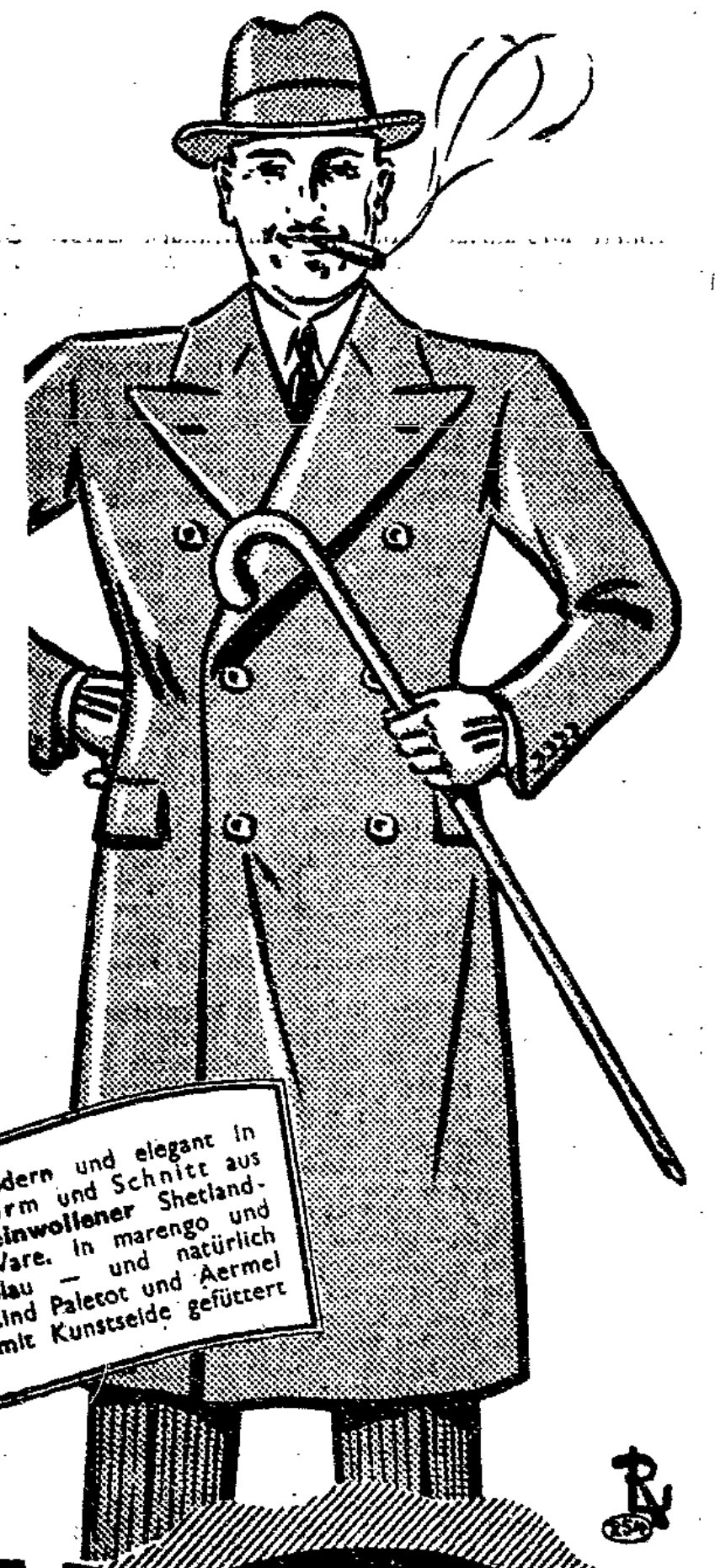
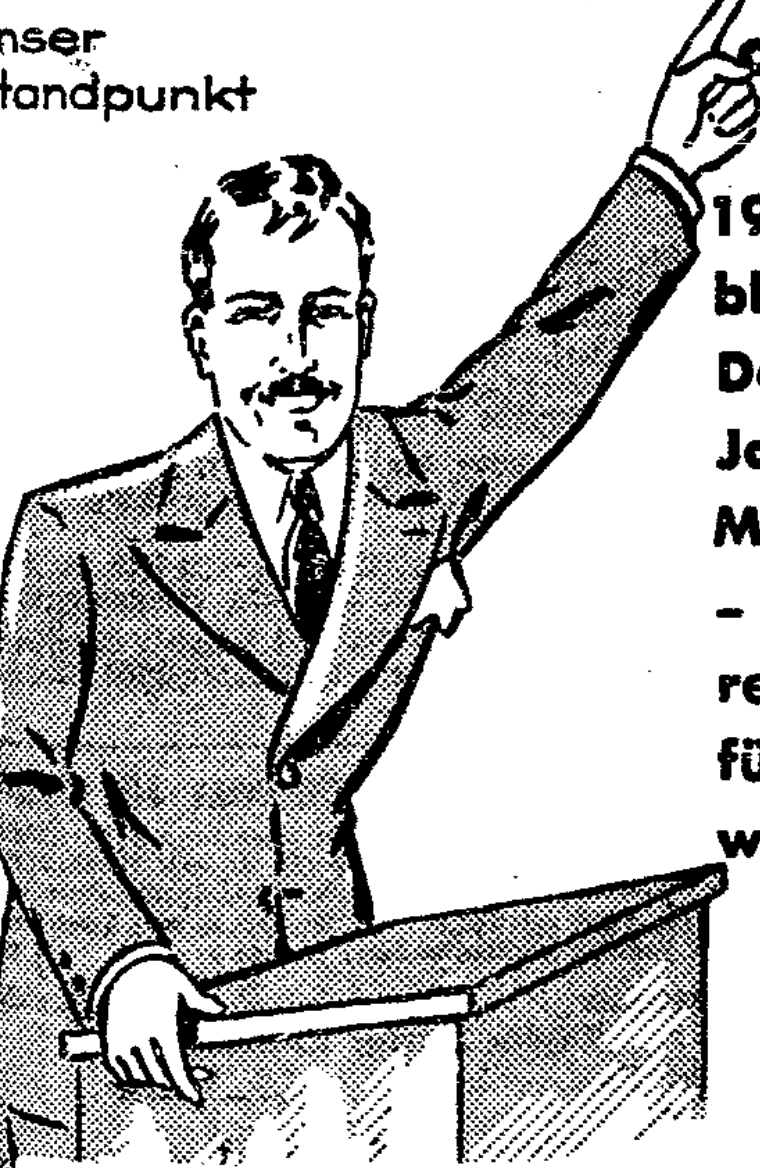
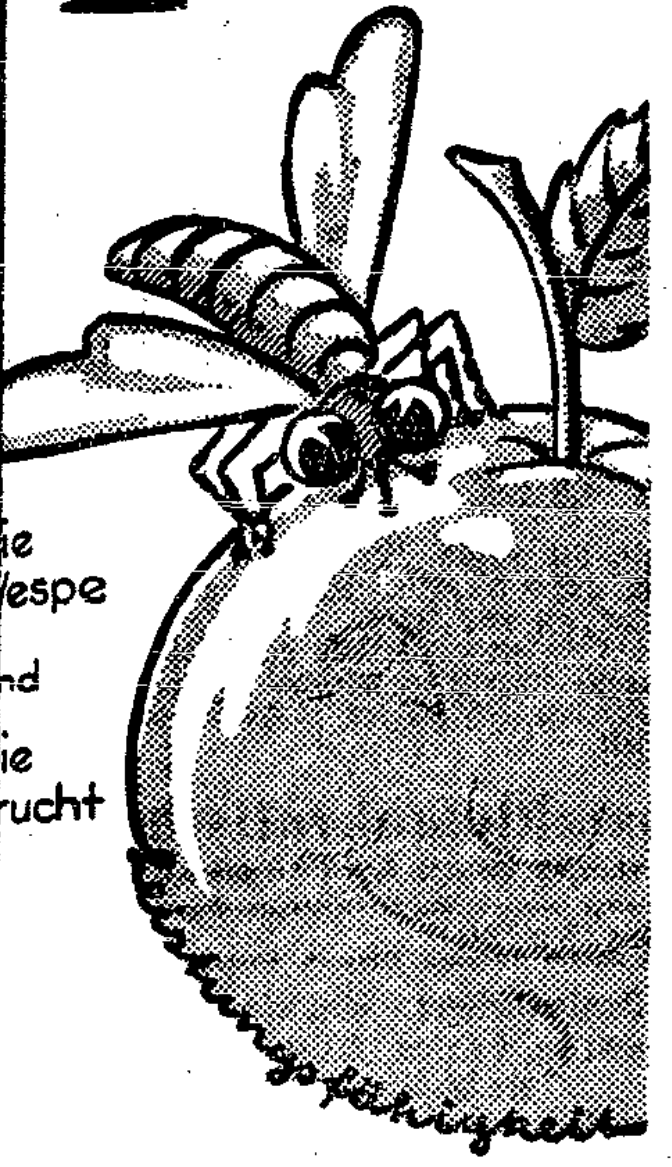
Die dümmsten Märchen müssen herhalten, um jene zu schützen, denen unsere niedrigen Preise für Qualitätsware scheinbar unangenehm sind.

Dadurch in den Mittelpunkt des Interesses gerückt zu sein, kann uns nur recht sein. Je schärfer man unsere Behauptungen und Leistungen daraufhin prüft, „was an ihnen dran ist“ - desto besser werden wir dastehen.

Das Publikum hat ein Recht auf billige Kleidung - heute mehr denn je! Wir geben sie ihm. - Und das werden wir weiterhin tun!

1929 brachten wir einen reinwollenen blauen Kammgarn-Anzug zu Mk. 49,50. Das war eine Sensation. - - Im vorigen Jahre kostete ein reinwollener Gabardine-Mantel bei uns Mk. 39,50. Alles staunte! - - Heute bekommen Sie bei uns einen reinwollenen blauen Kammgarn-Anzug für Mk. 28,25. - - Und den modernen, reinwollenen Chesterfield-Paletot für Mk. 35,-

**HIER IST ER:**



Diesen Mantel und andere Sachen in diesen Preislagen müssen Sie sich einmal bei uns ansehen und prüfen. Den Stoff, den Sitz, die Verarbeitung. Sie werden finden, daß wir kein Wort zu viel gesagt haben.

Aber machen Sie den Versuch - - -

Der Ulster-Paletot den Sie bei uns für **35,-** kaufen können  
- Modern und elegant in Form und Schnitt aus reinwollener Shetland-Ware. In marengo und blau - und natürlich sind Paletot und Ärmel mit Kunstseide gefüttert

**GEHEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER**  
Breslau  
Ohlauerstr. 10-11  
Ecke Altbückerstr.

Abdruck von Wort und Bild verboten!



# Kohlenabbau ohne Kapitalisten?

## Großzügige Selbsthilfeaktion der Neuroder Arbeitslosen - Warum so viel Widerstände? - Kann Ausfiedlung die Neuroder Kumpels ernähren?

Wie bereits kurz berichtet, haben die ehemaligen Arbeiter und Angestellten der seit dem 1. Januar stillgelegten Wenzeslaus-Grube und eine Reihe von Gewerbetreibenden des Neuroder Oberkreises eine Betriebsgemeinschaft gegründet, um in genossenschaftlicher Form den Betrieb der Wenzeslaus-Grube wieder aufzunehmen. In kurzer Zeit hat man bereits 2500 Mitglieder mit Einlagen im Werte von 330 000 Mark zusammenbekommen. Bis Mitte dieser Woche war die Ziffer schon auf 3000 zukünftige Genossen gestiegen; man hofft, auf eine Gesamtsumme von rund 500 000 Mark zu kommen.

Den Anstoß zu dieser Selbsthilfeaktion, die im ganzen Reich großes Aufsehen erregt hat, gab die Meldung, daß jetzt auf Betreiben der Gläubiger der Gewerkschaft Wenzeslaus-Grube mit den Abriistungsarbeiten über und unter Tage begonnen werden, daß die Kohlandsarbeiten eingestellt werden sollten, womit die Grube dann zum Erlaufen käme. Die früher rund 2500 Mann betragende Belegschaft kann es aber einfach nicht glauben, daß diese für sie einzig existierende Arbeitsstätte und Erwerbsquelle völlig verschwinden soll. Nachdem schon über ein Jahr mit preußischen und Reichsstellen Verhandlungen über eine Subventionierung des Betriebes oder sogar über seine Übernahme in staatliche Regie ohne positives Ergebnis geführt worden sind, versucht man jetzt, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Wenn man nüchtern die Erfolgsaussichten solchen Unternehmens abwägt, kommt man leider nicht zu einem für die Arbeiterklasse absolut günstigen Resultat. Immerhin steht das eine fest: Bei den früher den öffentlichen Stellen genannten Ziffern für die notwendigen Kredite und Subventionen haben gewissen Herren des Neuroder Reviers offenbar sehr großzügig gedacht. Zum erstenmal hat, wie erinnerrlich, Preußen die Verhandlungen über die Wiedereröffnung der Grube abgebrochen unter dem Eindruck der außerordentlich hohen Forderungen des „Gesürel“-Konzerns, der Muttergesellschaft, der „Elektrizitätswerk Schlesien AG.“, die zum Konkurs Befähigerin der Grube war. Der Gesürel-Konzern wollte offenbar, wie das eine bei der Industrie beliebte Metapher ist, aus Anlaß einer unter sozialpolitischen Druck erfolgenden staatlichen Intervention ein gutes Geschäft machen.

Er verlangte Ersatz für Investierungen der letzten Jahre in sehr hohem Maße und ferner eine jährliche Entschädigungszahlung von mindestens 100 000 Mark aus dem Unternehmen, das für den Konzern, wie er immer behauptete, jahrelang nur eine Quelle von Reichtümern gewesen sein soll.

Nachdem diese ausschweifenden Pläne ihr verdientes Ende gefunden hatten, hat der ehemalige Generaldirektor und frühere Eigentümer der Grube, Dr. Gärtnert, offenbar ein nicht ganz durchsichtiges Spiel getrieben. Er wollte die Grube von neuem unter eigener Verantwortung weiterführen, hat aber bei der Gelegenheit ebenso wie der Gesürel-Konzern so hohe Staatsmittel verlangt, daß dieser Versuch scheitern mußte. Gerade auch in den Reihen der Arbeiterklasse und der Angestellten des Reviers hat man nicht geglaubt, diesem Herrn das notwendige Vertrauen entgegenbringen zu können. Im Gegenteil, der Verdacht, daß er den Zusammenbruch des Unternehmens benutzen wollte, um auf sehr billige Weise wieder sein Herr zu werden und dann unter Hinweis auf sein Verdienst um die Erhaltung der Arbeitsstätte sehr starken Lohndruck zu üben, hat sich ziemlich stark ausgebreitet.

Die Kalkulation der neu gebildeten Betriebsgemeinschaft für Inbetriebnahme und Weiterführung der Grube geht mit den Meinungen über die dazu notwendigen Mittel, wie man sie bei den ministeriellen Stellen in Berlin hat, ziemlich stark auseinander. Die Neuroder wären, wie sie erklären, zufrieden, wenn man ihnen in den nächsten drei Jahren insgesamt 1,8 Millionen, sei es auch nur als billigen Kredit, zur Verfügung stellen würde. In Berlin glaubt man, daß diese Summe nicht ausreichte, um den Betrieb, der solange ruhte, wieder einzurichten und durchzuführen.

In Berlin hat man offenbar noch andere Gründe, um gegen die neuen Genossenschaftspläne Stellung zu nehmen. Die Wenzeslaus-Grube war für das niederschlesische Bergrevier nie eine angenehme Konkurrenz. Vor dreißig Jahren, als das Niederschlesische Steinkohlen-Syndikat gegründet wurde, wollte man sie nur unter außerordentlich ungünstigen Bedingungen daran teilhaben lassen. Damals hat die Wenzeslaus-Grube gegen das Syndikat einen Preiskampf geführt, der diesem sicherlich nicht zum Vorteil diente.

Nach einigen Jahren hat man sie in Ehren dann in die Gemeinschaft der feste Preise haltenden und festen Abfah garantierenden Unternehmer aufgenommen. Als sie jetzt ihren Betrieb einstellte, waren natürlich die benachbarten Unternehmen darüber nicht böse und versuchten, den Abfah, den die Wenzeslaus-Grube früher hatte, ihrerseits zu bekommen. Das ist aber nur zum Teil gelungen.

Der Grund dafür liegt in der ganz besonderen Beschaffenheit der Wenzeslaus-Kohle, die sich von der übrigen niederschlesischen stark unterscheidet. Sie ist eine ausgesprochene Reiterkohle, die leicht und daher weniger zur Koferei geeignet als die übrige niederschlesische. Auf sie sind außer den Kraftwerken der Elektrizitätswerk Schlesien AG. auch noch eine ganze Reihe anderer Betriebe und zum Teil die Reichsbahn eingestellt. Wenn man hört, daß der Übergang von der Wenzeslaus- zur Kohle anderer Qualität bei dem Kraftwerk Mülke allein Kesselumbauten im Werte von rund einer Million erforderlich machen würde, wird es schnell klar, daß es doch nicht richtig ist, zu behaupten, jeder wieder eingestellte Wenzeslaus-Arbeiter mache einen anderen Arbeiter in Niederschlesien von neuem brotlos. Natürlich möchten die Waldenburger Gruben möglichst allein in Niederschlesien das Feld beherrschen. In diesem Bestreben erfahren sie sicherlich eine gewisse Unterstützung durch Reich und Staat, die ja an dem Gebirge der Niederschlesischen Bergbau-AG. Waldenburg durch den 11-Millionen-Kredit aus öffentlicher Hand nicht ganz uninteressiert ist.

Der preussische Staat erklärt jetzt, daß der Zuschußbedarf der Wenzeslaus-Grube für ihren Weiterbetrieb in den nächsten drei Jahren nicht 1,8, sondern mindestens 4 Millionen betragen würde. Allerdings scheint diese Berechnung noch darauf zu beruhen, daß der Abbau der vierten Sohle der Wenzeslaus-Grube sofort in großem Umfang in Angriff genommen würde.

Nach den Plänen der neuen Betriebsgemeinschaft soll das vorläufig nicht in vollem Umfang geschehen. Bismehr glaubt man, gerade in dem Bereich der Grube noch außerordentlich große Strecken weitergehen zu können und dort — auch ohne Raubbau zu treiben — genügend Material zu finden.

Der Staat erklärt weiter, die Verantwortung für die Weiterführung der Grube mit öffentlichen Mitteln nicht übernehmen zu können, da bekanntlich in ihr die Karte Kohlenäuregasgrube besteht, die im vorigen Jahr zu der großen Katastrophe der 151 verunglückten Bergleute führte. Demgegenüber haben aber sämtliche Stellen, die an den neuen Wiedereröffnungsplänen beteiligt sind, schon vor längerer Zeit festgestellt, daß das besonders, aber fast auch ausschließlich Kohlenäuregasgefährliche Areal der Grube nicht mehr abgebaut werden dürfte. Die neuen Arbeiter sollen lediglich auf dem Weisfeld aufgenommen werden, wo bis jetzt

sich noch nie ein Kohlenäureausbruch ereignete und nicht weniger als 150 Millionen Tonnen Kohle noch im Vorrat liegen.

Vor der endgültigen Entscheidung über die Wenzeslaus-Grube fällt, sollte man sich bei allen beteiligten Stellen darüber klar sein, welche verhängnisvollen Folgen ein glattes Uebergehen der im Revier in den letzten Wochen und Monaten entwidelten stark aktiven Selbsthilfe-Ideen haben muß.

Die Neuroder Bergleute erklären heute, daß sie zu allem entschlossen sind. Sie sagen es jedem, daß sie nichts weiter verlangen, als wieder arbeiten zu dürfen. Und jeder von ihnen kennt doch seit langem aus eigener Erfahrung die Mühseligkeiten der Arbeit gerade in diesen Schächten, und die Gefahren, die ihn täglich umlauert. Kein fatalistische Erwägungen könnten, auch wenn man heute angeblich einige hunderttausend Mark durch sie erspart, der Desentlichteit eines Tages hier sehr teuer zu stehen kommen!

Im Kreis Neurode mit 55 000 Einwohnern gehören etwa 20 000 Menschen zu den öffentlich Unterstützten. Der Kreis und die Gemeinden können die Wohlfahrtslasten aus eigenen Mitteln schon lange nicht mehr tragen und müssen immer wieder sehr hohe Summen von Reich und Staat erbitten. Um dem Elend in diesem am schwersten geprüften Bergrevier zu steuern, will man jetzt Siedlungspläne durchführen. Aber von heute auf morgen werden sie keine praktischen Wirkungen haben. Was sind 150 Siedlerkellen, die man jetzt offenbar offiziell zugesagt hat, bei 2500 arbeitslosen Angestellten und Arbeitern einer einzigen Grube?

## Eine Engelmacherin?

### Schwerer Verdacht gegen eine Greisfin

Die Staatsanwaltschaft in Glogau hat, wie M.B. berichtet, ein Verfahren gegen die 79jährige Rentempfangsgrünerin Johanna Gottschlich aus Mittelkeine eingeleitet. Die Greisfin soll in den Jahren 1914 und 1918 einen neugeborenen Knaben und ein Mädchen, die Kinder ihrer Enkeltochter, umgebracht haben.

Die Angelegenheit ist durch einen Familienstreit ans Tageslicht gekommen, der von Nachbarn mit angehört wurde, die die Polizei in Kenntnis setzten. Beide Kinder haben etwa 14 Tage gelebt und sind dann plötzlich unter besonderen Krankheitserscheinungen, ohne daß ein Arzt hinzugezogen wurde, gestorben. Die Beschuldigte will den Kindern kurz vor dem Tode Pflastermünztee gegeben haben; sie gab aber schließlich zu, den Kindern nicht Pflastermünztee, sondern Pfeffermünz tropfen verabreicht zu haben, die nach kurzer Zeit zum Tode der Kinder führten. Ob bei der Mutter der Kinder eine Mitschuld vorliegt, steht noch nicht fest.

## Schnee im Hochgebirge

Seit Mittwoch nachmittag ist im schlesischen Hochgebirge Schneefall eingetreten. Am Donnerstag schneite es bei 3 Grad Färte und ziemlich stark. Nordweststurm weiter. Infolge des starken Windes liegt der Schnee sehr ungleichmäßig. Im Durchschnitt wird die Schneehöhe mehrere Zentimeter betragen.

## Glogauer Sozialdemokraten im Kampf für die Kommunalbetriebe

In Glogau will der Magistrat einen Pachtvertrag mit den Reichs-Elektrowerken abschließen, der in der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion auf lebhafteste Bedenken stieß. Nach Ansicht der Fraktion, die ihrerseits einen entsprechenden ablehnenden Antrag formulierte, bietet der Pachtvertrag keine Gewähr für eine die Interessen der Bevölkerung wahrende Tarifpolitik, da die Stadtgemeinde nach dem Vertragsentwurf keinerlei Einwirkungsmöglichkeit mehr haben sollte. Die Stadt bekäme zwar eine feste Abgabe, nehme jedoch im Falle der Einnahmesteigerung in viel zu geringem Umfang an dieser Teil. Abgesehen von diesem Gesichtspunkte gehe aber auch die vorgezeichnete lange Dauer des Vertrages, wie überhaupt der Gedanke der Veräußerung der kommunaleigenen Anlagen zu lebhaften Bedenken Anlaß.

## Zehn Jahre Kerker für einen angeblichen deutschen Spion

Vor einiger Zeit, wie berichtet hierüber, geriet bei Ramlau ein deutscher Kriminalbeamter des Grenz- und Kriminalkommissariats Ramlau namens Freix auf polnisches Gebiet und wurde von der polnischen Polizei festgenommen. Nach Ansicht seiner Behörde hat Freix die Staatsgrenze nur vorübergehend um einige Meter überschritten, so daß bestenfalls ein jahrlängiger Verstoß gegen die Grenzübergangsvorschriften vorliegen könne. Die polnischen Behörden sahen die Sache aber anders auf. Wie die „Gazeta Polska“ seinerzeit berichtete, wurde Freix vorgeworfen, daß er im deutschen Nachrichtendienst tätig gewesen und mit dem 8. Reiterregiment in Verbindung gestanden habe. Freix wurde in Untersuchungshaft behalten und am vergangenen Dienstag vom Burgenrecht Opatowitz in geheimer Verhandlung zu zehn Jahren Kerker verurteilt.

Da die Begleitumstände der Festnahme eine Spionagetätigkeit oder auch nur Absicht des Grenzkommissariat tätigen Beamten mehr als unwahrscheinlich erscheinen lassen, darf wohl ein diplomatisches Eingreifen der deutschen Regierung erwartet werden.

## Tragödie einer Liebe

Bei Bichsow erda wurde ein vom Zuge überjahrenes Paar tot aufgefunden. Wie sich bei den polizeilichen Ermittlungen ergab, handelt es sich um Freitag eines in Bunzlau wohnhaften Familienvaters und einer Bunzlauer Hausangestellten, die in Beziehungen zueinander standen, und über die sich ihnen entgegenstellenden Hindernisse verzweifelten.

## Tod unter Tage

Im Betriebe des Hans-Heinrich-Schachtes im Waldenburger Revier verunglückte in der vergangenen Nacht der Hauer August Lorbu aus Reiffelsin. Beim Beugen des Förderkorbes wurde er durch den zuklappenden Deckel am Kopf so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Verunglückte war 45 Jahre alt und verheiratet.

**Fay SODENER** Mineral Pastillen  
wirksam bei Erkältungen. Auch mit Menthol.

**Gogeln.** Gefahr der Hausflachtung. Erkrankte in Dahn bei Nieder-Elguth ein junges Mädchen Fleischvergiftung und verstarb kurz darauf im Krankenhaus. Die ebenfalls erkrankte Mutter konnte dem entziffen werden. Das in der Wohnung der Familie gefundene Fleisch wurde polizeilich beschlagnahmt. Es ist heraus, daß es aus einer Hausflachtung stammte.

**Landeshut.** Ein vielseitiger Mann. Dieser wurde an einem Mädchen in Waffendorf im Kreise Landeshut ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Der Täter, der voller Stachelm uniform befand, suchte das Mädchen übernachtete in einer Nagelneipe in Landeshut. Er hatte sich, da ihn ein hier beschäftigtes Mädchen aus Waffendorf kannte, so daß er verhaftet werden konnte. Er heißt G. und bereits wegen Diebstahls und Landesverrats (1) im Jahre 1918 im Zuchthaus vorbestraft und gehörte vor kurzer Zeit zu den Nazis. Zuletzt war er Mitglied des Stahlwerks gleichzeitig — bei der kommunistischen F.A.S. organisiert.

**Oppeln.** Die Staatsanwaltschaft ist mit dem Ausgang des Reichsbahn-Betrugsprozesses nicht zufrieden und jetzt Berufung eingelegt. Wie sich das mit dem in der Brünstingischen Notverordnung aufgestellten Grundlag der Vermeidung überflüssiger und kostspieliger Verfahren verhalten wird nicht weiter erläutert.

**Sindenburg.** Raubüberfall in der Wohnung. Am Mittwoch abend gegen 10 Uhr betrat ein Mann an der Bismarckstraße im Erdgeschoss liegende Wohnung alleinlebender Frau Langer und boten ihr einen Mangel eine Wäschemangel zum Kauf an. Als die Frau auf das nicht einging, drängte sie der einer der Täter in die angrenzende Kammer. Er verwehrte, Hilferufe der überraschten Frau zu verhindern, indem er ihr den Mund zuhielt. Da sie weiter schrie, ergriffen die beiden Männer die Flucht und einen dritten Mann, der draußen vor dem Fenster gestanden hatte.

**Kattowik.** Der polnische Staat ist in Glogau. Die Polizei nahm auf dem hiesigen Bahnhof zwei Kommissare, die ein Paket mit 80 Kilogramm Flugblättern bei sich hatten, die für das Dombrowaer Revier bestimmt waren.

## Aus der Umgebung

**Kriebitzsch bei Ranth.** Nicht an Führerwerk halten. Der Sohn des Zimmerers Rauder kam hier Radfahren unter ein mit Röhren beladenes Fuhrwerk, wurde ihm ein Bein zerquetscht. Er mußte sofort in ein lauer Krankenhaus eingeliefert werden. Der bedauerliche Unfall ist dadurch entstanden, daß sich der Junge auf dem Rade umkehrte.

**Sozialdemokratische Partei.** Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch. Sekretariat: Margaretenstr. 17. Gartenhaus (Neubau). Zimmer 10. Telefon 4904. 500 61. Sprechstunden: Dienstag Mittwoch Freitag von 9-13 u. 16-18.

## Landarbeiter! Parteigenossen!

Am Sonntag, den 18. Oktober, 13 Uhr, findet Herbst-Kreiskonferenz des Kreises Neumarkt im „Gelben Löwen“ statt. erwarten, daß alle Landarbeiter und Parteigenossen an wichtigen Veranstaltung teilnehmen. Am Sonntag, den 18. Oktober, auf nach Neumarkt!

**Neumarkt.** Sonnabend, den 17. Oktober, im „Gelben Löwen“, 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Redner: Herrmann, Breslau. Auch die Reichsbahnkameraden sind dazu eingeladen.

**Beidenhof.** Sonnabend, den 17. Oktober, bei 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Redner: Funke.

**Straschwitz.** Sonnabend, den 17. Oktober, bei 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Redner: Fritsch.

**Opperan.** Sonnabend, den 17. Oktober, bei 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Redner: S. Löbe, Breslau.

**Bruch-Bischdorf.** Sonnabend, den 17. Oktober, bei 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Rednerin: Deffentliche Versammlung 20 Uhr. Rednerin: tagsabgeordnete, Genossin Böhnig.

**Jachshönu.** Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 3 bei Franke: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Kleinert, M. b. L.

**Lanitz.** Sonnabend, den 17. Oktober, 20 Uhr, bei 20 Mitgliederversammlung. Redner wird noch bekanntgegeben.

**Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost, Zindel.** Unsere öffentliche Sammlung findet am Sonntag, den 18. Oktober, nicht statt, sie wird bis auf weiteres verschoben.

## Breslauer Produktenbörse vom 15. Oktober

Amliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 15. Oktober. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen Reichsmark, bei isolierter Bezahlung nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis. Weizen, Roggen, Hafer und Gerste für 1000 kg = 1 Tonne. Die Preise sind in Reichsmark angegeben. Die Preise für Kartoffeln sind in Reichsmark angegeben. Die Preise für Getreide sind in Reichsmark angegeben.

Tägliche Amliche Notierungen.	
Getreide:	15. 14.
Weizen (schlesischer) Nettohergewicht von 75,5 kg Durchschn. Qual., gesund und trocken	220.00 220.00
Nettohergewicht von 78,0 kg gut, gesund und trocken	224.00 224.00
Nettohergewicht von 72,0 kg trocken für Mülereiweide verwendbar	210.00 210.00
Sommerweizen, hart, altfah, 80 kg ... Roggen (schlesischer) Nettohergewicht von 71,2 kg Durchschn. Qual., gesund u. trocken	200.00 200.00
Nettohergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	— —
Nettohergewicht von 69,0 kg trocken für Mülereiweide verwendbar	198.00 196.00
Hafer, mittlere Art und Güte	148.00 146.00
Brangerste, teichte	185.00 185.00
gute	175.00 175.00
Sommergerste mittlere Art und Güte	160.00 160.00
Wintergerste 63-64 kg	160.00 160.00
Industriegetreide 160.00 Tendenz: Stetig.	— —

Amliche Notierungen für Mühlenenergie	
15. 14.	15.
eigenem (70%)	33.00 33.00
oggenem (70%)	29.75 29.75
Tendenz: Ruhig	— —

Delikatessen:	
15. 14.	15.
Mittl. Art und Güte (H. Ernte)	29.00 28.00
Kartoffeln	28.00 28.00
Wermut	21.00 21.00
Tendenz: Unregelmäßig.	— —

**Kartoffeln (Erzeugerpreise).** Epichelartoffeln (ab Erzeuger) gelbe 1.40 rote 1.30, weiße Tendenz: Stetig. Kartoffeln zu Stützungsweiden bedingen höchst



## Die sieben Frankfurter

### Der 100 Millionen-Betrag der Versicherungsdirektoren vor Gericht

Unter starkem Andrang begann am Donnerstag vormittag die Große Strafkammer des Frankfurter Landgerichts der wohl viele Monate dauernde Prozess gegen die Vorstandsmitglieder und Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft (Favag). Mehr als 100 Millionen Mark sind die verurteilten, leichtfertige und unlaute Geschäftsführung der Gesellschaft verloren worden. Der Schaden für die gesamte Gesellschaft ist unabsehbar. Der Zusammenbruch der Favag im Jahre 1929 war der erste Schlag, der den Kredit der deutschen Versicherungswirtschaft im Ausland traf. Zwei Jahre sind seitdem verfloßen. Die Kreditkrise ist wie eine Lawine über uns hinweggegangen. Jetzt steht der Favag-Skandal vor Gericht. Er erinnert an die großen Schäden, den er anrichtete, noch längst nicht vermindert und überwunden ist. Es muß auch immer wieder unterstrichen werden, daß es sich hier nicht nur um eine Kriminalsache handelt, sondern daß ein System, die langjährige der privaten Wirtschaft, vor Gericht steht. Das Urteil mag ausfallen wie es wird immer gegen diese Unzulänglichkeit ausfallen, die Fehlinvestitionen und Spekulationen, die sich in der Wirtschaft in Deutschland hat zu schulden kommen lassen. Der Vorsitz im Favag-Prozess führt Landgerichtsdirektor Schmidt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Reihner. Die Anklageschrift umfaßt 400 Seiten und baut sich auf einer wissenschaftlichen Gutachten auf, die mehrere Bände füllen. Auf der Anklagebank sitzen die Favagdirektoren Lindner, Sauerbrey, Mädie, Fuchs und der streitende Direktor Rirschmann. Das Verfahren gegen den Direktor Beder ist abgetrennt worden; Beder ist übrigens trotz des über sein Vermögen verhängten Pfandes in einem eleganten Sanatorium in Bad Nauheim für die Dauer von 60 Mark pro Tag. Der von allen Anklagen als der Hauptschuldige bezeichnete Generaldirektor ist ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch der Favag gestorben. Die Anklage lautet auf Kreditbetrug, Fälschung und Urkundenfälschung in zahlreichen Fällen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Meißner, erhebt nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses dem ältesten Ankläger, Direktor Lindner, das Wort. Ein 70-jähriger Mann mit langem weißen Bart erhebt sich und erzählt kurz seinen Lebenslauf. 54 Jahre war er in der Versicherungswirtschaft in führender Position erfolgreich tätig. Im Jahre 1907 trat er in die Favag ein. Sein Einkommen betrug jährlich 100 Mark; dazu kam eine Lantime von 3 Prozent. Erst auf die Anklage betragen durch den Vorsitzenden nennt der Angeklagte die Summe, die er im letzten Jahre vor dem Zusammenbruch der Favag als Gesamteinkommen bezogen hat: es waren 192 000 Mark! Der angeklagte Direktor Schumacher ist 44 Jahre im Versicherungswesen tätig gewesen. Sein Einkommen betrug „nur“ 100 Mark. Der Syndikus der Favag, Rirschmann, war an der

Lantime nicht beteiligt, so daß er lediglich 30 000 Mark Einkommen hatte. Das Hauptinteresse der Vormittags-Sitzung konzentriert sich auf den angeklagten Direktor Sauerbrey, der kurz vor der Pleite des Favagkonzerns in einem Privatflugzeug nach Prag flüchtete. Sauerbrey wurde in Prag verhaftet und hat dort eine Strafe von drei Monaten Gefängnis wegen Fahrlässigkeit verbüßt. Sauerbrey hat sich in der Firma, zu deren Ruin er so außerordentlich viel beitrug, als Lehrling in die Höhe gedient und eine geradezu phantastische Karriere gemacht. Bereits mit 22 Jahren war er Prokurist der Favag. Ein Jahr später gab man ihm die Leitung einer Filiale und als vierundzwanzigjähriger trat er in den Vorstand der Favag ein. Sein Einkommen betrug im Jahre 1928 die runde Summe von 50 000 Mark. Der angeklagte Generaldirektor Mädie, dem sein Vorstandsposten an Gehalt und Lantime jährlich mehr als 100 000 Mark einbrachte, läßt sich durch neun Anwälte vertreten. Die Gehälter der Favagdirektoren entsprachen wohl im allgemeinen dem üblichen Mißbrauch in Industrie und Großhandel. So erhielt der verstorbene Generaldirektor Dumle jährlich 258 000 Mark, Direktor Lindner 192 000 Mark, Beder und Schumacher erhielten je 175 000 Mark. Strafbat machten sich die Direktoren der Favag, indem sie sich unter dem Namen „Sondervergütungen“ gegenseitig riesige Beträge in die Tasche schoben. So nahmen sie sich von einem Aktientausch (Röschling) 500 000 Mark als „Bermittlergebühren“, wobei der Aufsichtsrat der Favag darüber im Unklaren gelassen wurde, daß die „Bermittler“ die eigenen Direktoren des Unternehmens waren. Ferner erhielt einmal jeder Favagdirektor eine Extravergütung von 25 000 Mark auf jingerer Konten für ein gegliedertes Geschäft der Favag. Verluste ließ man immer gern zu Lasten der Favag gehen, während sich die Herren Direktoren an den Gewinnen mit riesigen Provisionen beteiligten. Jeder der fünf Hauptangeklagten hat sich für mehr als ein Duzend Straftaten zu verantworten. Die Direktoren haben laut Bericht der Revisionskommission aus persönlichem Eigennutz einen Konzern zugrunde gerichtet, der sich in 65 Jahren aus kleinen Anfängen zu dem zweitgrößten deutschen Versicherungsunternehmen in die Höhe gearbeitet hatte, 61 Sondergesellschaften umfaßte und ein Aktienkapital von 25 Millionen Mark hatte. Die Prämieinnahmen der Versicherungen betrugen jährlich 450 Millionen Mark. Die Direktoren Beder und Rirschmann haben noch 20 private Konzerne gebildet, die sie mit Geldern der Favag finanzierten. Auch hier nahmen sich Beder und Rirschmann die Gewinne und überließen der Favag in liebenswürdiger Weise die Verluste. Sämtliche Angeklagten erklärten, daß sie nichts Straffälliges unternommen haben. Die Verhandlungen werden am Montag weitergeführt. Es soll zunächst der Fall „Aktientausch an die Röschling-Werke“ behandelt werden.

## Der „harmlose“ Bazillus

### Fragen, auf die der Calmette-Angeklagte Altkädet, die Antwort schuldig blieb

Der Calmette-Prozess kommt mehr und mehr ins Schlepptau. Das Ende ist nicht abzusehen. Dr. Altkädet, der immer noch vernommen wird, ist bereits sichtlich abgemüht und zermürbt. In einem längeren Vortrag über die Fortschritte des Calmette-Schutzimpfverfahrens seit 1927 (seit der Warnung des Reichsgesundheitsrats vor diesem Verfahren) wiederholt der Angeklagte nur frühere Auslagen. Anschließend fragt Dr. Wittern (Nebenkläger): „Warum hat Dr. Altkädet nicht Anordnungen getroffen, daß die Schutzimpfung nur auf Anweisung eines Arztes und nur nach genauer Prüfung jedes einzelnen Falles erfolgen darf?“ Dr. Altkädet antwortet: „Das hielt ich nicht für erforderlich.“ Der Bazillus Calmette-Guérin ist so harmlos wie Milch und Zuckerwasser.“ (Große Erregung bei den Eltern der Nebenkläger.) Rechtsanwält Dr. Wittern fragt weiter, welche Maßnahmen der Angeklagte getroffen habe, damit die Aufbewahrung der Kulturen und Herstellung des Impfstoffes in Lübeck genau nach den Vorschriften Calmettes erfolge. Schließlich will Dr. Wittern wissen, warum der Angeklagte vor Ausgabe des Impfstoffes keine Tierversuche gemacht habe, obwohl man in Lübeck die Bazillus Calmette-Guérin-Kulturen nicht auf dem von Calmette vorgeschriebenen Nährboden weiter verimpft habe. Diese äußerst wichtigen Fragen werden von Dr. Altkädet nicht beantwortet! Auf eine weitere Frage von Rechtsanwält Dr. Frey an Dr. Altkädet, was er denn getan habe, um sich zu überzeugen, daß das in Lübeck hergestellte Mittel der gleiche Impfstoff sei wie der von Calmette hergestellte, erwiderte Dr. Altkädet, daß er sich auf die Autorität Professor Denes verlassen habe. Im Weiterverlauf der Sitzung wird dann noch erörtert, warum der Angeklagte, obwohl er die noch heute geltende kaiserliche Verordnung vom 22. Oktober 1901 kannte, seine vorgelegte Behörde nicht darauf hinwies, daß nach dieser Verordnung der in Lübeck hergestellte Impfstoff nicht von Hebammen, sondern nur von Apothekern abgegeben werden darf. Dr. Altkädet erwidert, er sei der Meinung gewesen, das Calmette-Mittel falle nicht unter diese Verordnung. Eine nähere Begründung seines Standpunktes lehnt der Angeklagte ab. Endlich geht auch die Staatsanwaltschaft etwas aus ihrer Reserve heraus. So fragt Staatsanwalt von Beust den Angeklagten, warum er es nicht für erforderlich gehalten habe, die Lübecker Bevölkerung völlig über das Calmette-Verfahren aufzuklären, warum bei Propagierung des Calmette-Verfahrens das Wort „Impfung“ vermieden worden sei, warum man der Bevölkerung nicht mitgeteilt habe, daß die Calmette-Kulturen von einem lebenden Bazillus stammen, warum der Angeklagte die Bevölkerung nicht durch öffentliche Vorträge aufgeklärt habe. Die Antworten Dr. Altkädet's können allerdings kaum befriedigen. Die Verhandlungen werden Freitag fortgesetzt.

## Der zweite Sklarek-Tag

### Die Geschäfte der Stadt Berlin — Der tote Kieburg soll an allem schuld sein

Am zweiten Verhandlungstag im Sklarek-Prozess vor der Strafkammer beim Amtsgericht Berlin-Mitte versucht Bankdirektor Hoffmann noch einmal zu begründen, daß bei seinen Beziehungen zu den Sklareks nur um eine reine Geschäftsbeziehung, gewissermaßen um die Erfüllung einer rechtlichen Pflicht gehandelt habe. Die Brüder Sklarek hätten großes Vertrauen besessen, die prominentesten Persönlichkeiten wären bei ihnen aus und ein gegangen. Außerdem hätten sie „Informationen“ aus dem Rathaus besessen. Aber wenn er einige Male mit ihnen in Nachtlokalen zusammen gewesen sei, so habe er doch nicht die persönliche Freundschaft der Brüder Sklarek gesucht. Leo Sklarek erwidert auf diese Darlegungen sehr erregt, daß er in den Vokalen stets für Hoffmann gezahlt habe, daß Hoffmann ihm auch mit seiner Frau ins Bad nachgezogen wäre — rein „geschäftlich“ Freundschaft also nicht gewesen. Dann kommen die Geschäfte der Sklareks mit der Berliner Kaufmanns-Gesellschaft (KAG) und Kleiderfabrik-Gesellschaft (KFG) zur Sprache. Die KAG, gegründet worden zur Vornahme von Einkäufen von Waren für die hiesigen Beamten und Angestellten, die KFG verkaufte an das Publikum. Die Geschäfte, die sich später verwickelten, arbeiteten bis zum Jahre 1924 mit beträchtlichen Erfolgen. In den Besitz der Brüder Sklarek über. Die KAG stehen — entgegen der Anklage — nach wie vor auf dem Punkt, daß sie ihrerseits die KFG nicht überfordert haben, sondern zum Zusammenbruch zu treiben und dann zu „Kluden“ seien tatsächlich in den Büchern der KAG. Fälschungen im großen Umfang vorgenommen, aber zu diesen Fälschungen wollen die Brüder

Sklarek erst veranlaßt worden sein; auf diese Weise sollten die übernommenen Unterbilanzen aus der Welt geschafft werden. Der große Schuldige, führt der Angeklagte Leo Sklarek aus, sei der verstorbene KAG-Direktor Kieburg, ohne dessen Wirken er „niemals in den ganzen Mist hineingekommen“ wäre. Bürgermeister Scholtz habe zugegeben, daß er von den Fälschungen Kenntnis besaß; er hätte aber nichts unternommen, um einen Skandal zu verhüten. Rechtsanwalt Windar ergänzt für die Brüder Sklarek, daß in der KAG und KFG das Defizit schon in die Hunderttausende gestiegen sei, bevor die beiden Gesellschaften mit Sklareks in Geschäftsverbindung traten. Es wird dann der frühere Köpenicker Bürgermeister Kohl vernommen, der aus sagte, sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der KAG und KFG gewissermaßen nur nebenbei ausgeübt zu haben. Er habe zwar den Abschluß größerer Geschäfte mit Kieburg beprochen, sich im übrigen aber auf dessen Korrektheit verlassen. Erst kurz vor dem völligen Zusammenbruch der beiden Gesellschaften habe er erfahren, daß die KAG und KFG mit solchen Verlusten gearbeitet hätten; er habe jedoch diese Verluste auf die allgemeine schlechte Konjunktur zurückgeführt. Die von den Brüdern Sklarek gemachten Offerten seien durchaus günstig gewesen. Er hätte den Sklarek-Geschäften um so eher zugestimmt, als an die von den Sklareks beschäftigten Arbeiter stets la-Tarife bezahlt worden wären. Tatsächlich sei doch auch die von der KAG gelieferte Bekleidungsware so billig an die Bevölkerung abgegeben worden, daß sich die KAG sogar den Jörn und den jährlichen Protest des Reichsverbandes für Herren- und Damenbekleidung“ zugezogen habe. Der Vorsitzende hält nun dem Angeklagten Kohl vor, daß zu viel Ware dagewesen sei, die nicht verkauft werden konnte. Kohl gibt die geschäftliche Fehldisposition zu, meint aber, daß gerade in den kritischen Jahren 1923 und 1924 bei der gesamten Kaufmannschaft der Glaube an die Ware größer gewesen sei als der Glaube an das Geld. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Sklareks vielleicht infolge irgendwelcher „Nachhilfe“ so große Aufträge erhalten hätten, erwidert Kohl, daß er niemals irgendwelche Zusicherungen erhalten habe; er sei mit den Sklareks nicht befreundet gewesen; er habe mit ihnen nicht privat verkehrt. Auch Willi Sklarek äußert sich hierzu: „Wir haben unsere Aufträge glatt erhalten; es wurde nicht nachgeholfen. Niemand ist befragt worden.“ Wenn wir unseren Freunden — zu denen Kohl nicht gehörte — Geschenke machten, so geschah das nicht, um irgendwelche Vorteile davon zu haben.“ Leo Sklarek: „Ich war mit Kohl nie privat zusammen.“

## Matuschka's Schuld

Die Wiener Vernehmungen des Eisenbahnattentäters Schloßer Matuschka lassen kaum einen Zweifel darüber bestehen, daß Matuschka außer dem Attentat von Via Torbago auch der Anschlag von Jüterbog zur Last zu legen ist. Matuschka ist zwischen dem 15. und 30. April dieses Jahres und außerdem Anfang August in Berlin gewesen. Matuschka sagt aus, daß ihn der geheimnisvolle „Bergmann“ zu der Reise nach Berlin veranlaßt habe; es sollten unter seiner Mitwirkung in Berlin „kommunistische Keimzellen auf christlich-sozialer Grundlage“ geschaffen werden. Die Zellen-Veranstaltungen hätten in einem Hause in Berlin N. stattgefunden. Matuschka sagte ferner, daß er in kleineren Hotels in der Nähe des Görlitzer Bahnhofs übernachtet habe und einige Male auch im Wohenendhaus einer Wiener Bekannten in Caputh bei Potsdam. Den Namen dieser Bekannten nannte Matuschka nicht. Zwei von der Berliner Polizei ermittelte, in Caputh wohnende Wienerinnen bestreiten die Bekanntschaft mit Matuschka. Schon unmittelbar nach dem Jüterboger Attentat wies eine Spur nach Caputh. Als Matuschka in einem Installationsgeschäft in der Berliner Friedrichstraße die beim Attentat verwandten Utensilien besorgte, machte er Angaben über einen irischen Offizier Carnell aus Caputh, er wollte durch diese Erzählung der Bekanntschaft seinen ausländischen Dialekt erklären. Matuschka sagt nun vor der Polizei aus, daß er in diesem Falle Personalangaben auf sich bezogen hätte, die in Wirklichkeit auf einen Caputher Bekannten seiner Wiener Freundin zutröfen. Tatsächlich wurde dieser Carnell in Caputh ermittelt; er hat aber mit dem Attentat nichts zu tun. Wie von der Berliner Kriminalpolizei festgestellt wurde, wohnte in Caputh im Laufe des Sommers auch ein gewisser Dr. Bergmann, vielleicht Matuschka's „großer Unbekannter“. Im August reiste Dr. Bergmann, angeblich nach Wien. Seine Mittäterschaft ist jedoch nicht erwiesen. Ebenso wie Matuschka mit dem Namen des in Caputh wohnhaften irischen Offiziers Carnell Mißbrauch trieb, kann er sich auch den Namen des Dr. Bergmann als den eines Mittäters ausgeliehen haben. In der Nacht vom 8. zum 9. August, in der der Jüterboger Anschlag verübt wurde, will Matuschka nicht am Tatort, sondern in Caputh gewesen sein. Seiner Aussage zufolge konnte er jedoch keinen Schlaf finden; gegen Mitternacht will er aufgestanden und zwei bis drei Stunden lang planlos spazieren gegangen sein. Da indes Caputh nicht allzuweit von Jüterbog entfernt ist, ist es möglich, daß Matuschka den Anschlag zur Zeit seines merkwürdigen mitternächtlichen Spaziergangs, der sich möglicherweise über einen noch größeren Zeitraum erstreckt, ausgeführt hat. Nebenbei wird noch bekannt, daß Matuschka im April dieses Jahres in Niederösterreich einen Steinbruch käuflich erworben. Es soll ihn damals weder der in dem Steinbruch zu gewinnende Marmor noch dessen Verwertung interessiert haben, sondern ausschließlich das für den Erwerb von Explosivstoffen in Oesterreich notwendige behördliche Sprengbuch. Die Ausfertigung des Sprengbuches soll Matuschka mit auffällender Ungeduld beschleunigt haben.

## Verhaftung einer Räuberbande

In Osnabrück wurden vier Mitglieder einer Räuberbande gestellt und verhaftet, auf deren Konto nicht weniger als 15 schwere Raubüberfälle und 25 Einbrüche in der Osnabrücker Gegend kommen. Es gelang, ein großes Lager von Diebesgut aus dem „Besitz“ der Bande auszuheben.

## Ein Kriegermassengrab in die Luft gesprengt

In Umje im Kreise Podtaje in Ostgalizien wurde ein aus der Zeit der ukrainischen Freiheitskämpfe vom Jahre 1919 stammendes Massengrab von unbekanntem Täter durch Dynamit in die Luft gesprengt. Durch die Sprengung wurde der große Grabhügel dem Erdboden gleich gemacht und das große Steinkreuz 100 Meter weit fortgeschleudert. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

**Proleten**  
 GABITZSTRASSE 20-22  
 HOFCHENSTRASSE 49  
 ANFANGSZEITEN:  
 430, 640, 850 UHR

Vom 16. bis 22. Oktober 1931

**Ihre Majestät die Liebe**

Eine Tonfilmoperette mit folgenden Personen:  
 Käthe v. Nagy, Franz Lederer, Otto Wallburg, Grell Thelmer, Szöke Szakall, Ralph A. Roberts, Kurt Gerron, Adele Sandrock

Beiprogramm:  
**Ein Lola Kreuzberg-Film**  
**„Die Seerosen“**  
 Ping und Pong im wilden Westen  
 Neueste tönende Wochenschau

Varietéteil auf der Bühne:  
 3 Brukuris, Gewandtheaters-Akt  
 Fredo, der Künstler des Bandoniums  
 Jugenliche Vorbote!



Der Gang durch den Winter

Niemand soll hungern, niemand braucht frieren

Der Kanzler der deutschen Republik hat in seiner großen Rede gegen die Harzburger Inflationfront im Reichstag das Wort geprägt, daß es merkwürdig zugehen müsse, wenn das deutsche Volk mit seinem Lebenswillen und seinem politischen Instinkt nicht auch über diesen Winter hindwegkommen würde. Sicherlich, der Winter wird schlimm werden und was die mit den Harzburgern sympathisierenden Groß- und Schwerindustriellen tun können, um die Lage zu verschärfen, das werden sie tun. Diese Krise soll ja, nach eigenem Geständnis, den Großverdienern der deutschen Industrie die Möglichkeit geben, den deutschen Arbeiter um 50 Jahre in seiner Lebenshaltung zurück zu werfen. Sie sollen wieder lernen, als Varias zu leben, während der Profitweizen der Unternehmer blüht. Wenn sich diese Pläne verwirklichen sollten, dann durch Resignation, durch Verzweiflung der Arbeiterklasse. Diese Gefahr abwenden heißt aber, den uns bevorstehenden Krisenwinter überwinden. Das ist durchaus möglich.

Die Situation ist schlimm. Aber sie war nach dem Zusammenbruch des militärischen Systems im Jahre 1918 viel schlimmer. Auch damals tobte der Hunger. Und die Vorratslager waren leer. Auch heute droht der Hunger. Aber die Vorräte sind bis zum Herbst voll. Wir haben eine Rekordlagersammelmenge von 13 Millionen Tonnen, die garnicht zu verwerten ist. Wir haben allein auf den westfälischen Kohlenhalben über 9 Millionen Tonnen Kohle liegen, die man nicht verkaufen kann. Wir haben in Deutschland 4 Millionen Schweine zu viel, die den Markt fortwährend in Unordnung bringen. Wir haben so viel Vorräte an Nahrungsmitteln und Brennstoffen, daß keiner zu hungern und keiner zu frieren braucht. Die Menschen hauchen sich in Hungerkrämpfen nicht auf den Stragen der Großstädte blutig zu schlagen. Wir müssen nur den Mut haben, die Vorräte zu mobilisieren, die Vorräte an die Massen zu leiten. Es ist nicht nötig, daß man deutsche Kohle zu einem phantastisch niedrigen Preis im Export verschleudert; es ist nicht nötig, daß man Exportprämien zahlt und deutsches Fleisch zu unwahrscheinlichen Niedrigpreisen im Ausland verkauft. Es ist ferner nicht nötig, daß man aus Kartoffeln 2 Millionen Hektoliter Fuelis brennt, der nicht absehbar ist. Und schließlich ist es nicht nötig, daß man den deutschen Zucker zu einem Preis nach der Ausland exportiert, der ungefähr ein Drittel des deutschen Preises ausmacht. Die Rechtsradikalen schreien so viel über Reparationszahlungen an das Ausland. Sie sollten sich einmal überlegen, daß wir mit diesen Dingen dem Ausland freiwillig Reparationen zahlen, während die Menschen bei uns im Lande hungern, während man sich in unserem Lande Sorgen um den Winter macht.

Diese Vorräte, richtig gebraucht und richtig verbraucht, geben Deutschland über den Winter die notwendige Atempause, die Früchte der internationalen Verständigung und der Liquidierung der Weltwirtschaftskrise abzuwarten. Damit ist alles gewonnen. Es ist ein historisches Verdienst der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie durch ihre Anträge im Reichstag gangbare Wege gewiesen hat. Ja, wenn man Menschen mit leerem Magen in kalten Mietwohnungen sitzen läßt, dann kommt die Verzweiflung, dann ist die Resignation da, die das Unternehmertum wünscht und nötig hat. Schafft man den Arbeitslosen aber zu essen und gibt ihnen eine warme Wohnung, worauf die sozialdemokratischen Anträge hingingen, dann sehen sich die Dinge dieses Winters schon etwas freundlicher an. Es handelt sich bei den sozialdemokratischen Anträgen nicht, wie bei den Subventionen an die Großindustrie und Großlandwirtschaft, um Hunderte von Millionen. Es ist ein Objekt, das das Reich aufbringen kann. Zuführen muß, wenn es Deutschland vor dem Chaos bewahren will.

Wir sehen keinen anderen Weg, wenn man nicht vor dem Ziel, selbst, wo die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hat, blutig scheitern will. Wenn die radikalen Parteien in Deutschland etwas Besseres haben und etwas Besseres können, dann müssen sie endlich ihre Vorschläge und ihre Programme vorlegen. Das ist aber schwerer als eine negative Kritik, die, bewußt oder unbewußt, den schwarzmachereiischen Tendenzen des deutschen Unternehmertums zugute kommt.

Die Kommunisten haben, als der Reichskanzler über die Inflationsgefahr im Reichstag sprach, den Vorschlag gemacht, die deutsche Mark an den russischen Rubel zu knüpfen. Zugegeben: der gegenwärtige Zustand in Rußland blendet. So ist es leicht, damit zu agitieren, daß Rußland keine Arbeitslosen hat. Dabei vergißt man nur, daß Rußland sich in der Aufbauperiode befindet, die mit dem Geld kapitalistischer Staaten finanziert wird und die auch einmal ein Ende hat; daß Rußland, verglichen mit den westeuropäischen Staaten, nur über kleine Arbeiterheere verfügt, die den Bedarf Rußlands an Arbeitskräften, solange die Aufbauperiode andauert, nicht decken. Rußland wird dieselben Schwierigkeiten haben, gegen die die kapitalistischen Länder jetzt kämpfen, wenn die Aufbauperiode vorbei sein wird. Und bei einem Paktieren zwischen Deutschland und Rußland, wie das die deutschen Kommunisten befürworten, wäre Rußland dernehmende, Deutschland aber der gebende Teil. Wir liefern gern unsere Maschinen nach Rußland und helfen Rußland gern bei seinem Aufbau. Für Subventionen an Rußland sind wir aber zu arm.

Zu arm sind wir auch, um das Programm des Rechtsradikalismus durchzuführen. Zu arm sind wir, um eine neue Inflation zu finanzieren. Nachdem in Bad Harzburg auf der Tagung der „nationalen Opposition“ unbedachte Worte über eine neue Inflation gefallen sind, hält man es an der Zeit, jetzt so zu tun, als ob das nicht wahr wäre. Man wolle nur ein Sinnengeld, das Hugenberg ja schon seit Jahren empfiehlte. Im Verkehr mit dem Ausland könne man die Mark weiter gebrauchen. Was wäre das? Das Sinnengeld wäre das schlechte Geld, das Geld für den Proletarier, das Geld für den Arbeiter, das Geld für den Später, die die neue Inflation behageln müßten, damit sich die Groß- und Schwerindustrie gesund fühlte. Auch die Austrede, wir brauchen nur ein „bisheriges Inflation“, um unseren Export auf den Stand anderer Länder zu bringen. Kann über die Gefahr nicht hinwegtäuschen. Macht man aber Inflation, dann reißen bald alle Stränge. Das zeigt die Entwicklung des Dollars in der deutschen Inflationszeit:

Table with 2 columns: Year/Period and Dollar Value. Rows include: im Frieden (4.19 \$), Anfang Februar 1920 (90.90 \$), Ende 1921 (230. - \$), Ende 1922 (7.450. - \$), im Herbst 1923 (2.957.567.500. - \$)

Das waren jene Zeiten, in denen der Arbeiter in der Woche so viel verdiente, daß er sich eben eine Zigarette kaufen konnte, in denen nach amtlichen Dokumenten, die Proletarierkinder in

Düsseldorf die Kehrriechhausen nach Nahrungsmitteln vor den großen Hotels durchsuchten. Das war jene Zeit, in der Hugo Stinnes und die beiden Stüben der „nationalen Opposition“ Albert Bögler und Friedrich Flied vom Ruhrtruf, ihre Industrieherpogtümer zum Verkauf stellten.

Diese kleine Andeutung aus einer Zeit, die nie wiederkehren darf, sollte vor den rechtsradikalen Phrasen eindringlich warnen.

Zur Durchführung der neuen Bestimmungen der Notverordnung über den Arbeitslosenschutz

hat der Präsident der Reichsanstalt jetzt seine ersten Anweisungen herausgegeben. Er teilt darin mit, daß eine Entscheidung des Vorstandes der Reichsanstalt, inwieweit die Arbeitslosenunterstützung in Sachleistungen bestimmter Art gewährt werden kann, in Kürze herbeigeführt werden soll. Ebenso bleibt es besonderer Anordnung vorbehalten, zu bestimmen, wie zu verfahren ist, wenn ein Arbeitsamt sich für die von ihm unterstützten Personen an Maßnahmen von Gemeinden und Fürsorgeträgern beteiligt, die eine Erhöhung der Kaufkraft der Unterstützten durch Ausgabe von Gutschein oder Bezugscheinen bezwecken, die zum beschlagnahmten Lebensmittel oder Brennstoffbezug berechtigen. Der Präsident hat keine Bedenken dagegen, daß die Arbeitsämter sich

Die Metallindustriellen kündigen Lohnabkommen für 600000 Arbeiter

Die Metallindustriellen haben auf Anweisung ihres Gesamtverbandes die Lohnabkommen für mehr als 600000 Arbeiter gekündigt.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat dem Gesamtverband der Metallindustriellen in einer Eingabe mitgeteilt, daß jeder weitere Tariflohnabschluß von den Metallarbeitern zurückgewiesen werden müsse. Die Tariflöhne in der Metallindustrie würden an niedrigerer Stelle, obwohl es sich bei dem Metallarbeiter um eine hochqualifizierte Arbeitskraft handle, deren Leistungsfähigkeit von der Arbeiterklasse anderer Industrien und anderer Länder nicht übertroffen werde. Wenn die Unternehmer darauf aufmerksam machten, daß 75 Prozent aller Metallarbeiter Arbeiter seien, d. h. höhere Verdienste erzielten, als sich aus den Tariflöhnen ergebe, so beweiße das nur, daß 25 Prozent, d. h. Hunderttausende nur die völlig unzureichenden Tariflöhne bezögen und zwar auch dann, wenn sie bei Kurzarbeit nur 10 oder 24 oder noch weniger Stunden pro Woche beschäftigt seien. Der Hinweis der Unternehmer auf die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland sei durchaus unbegründet. Die Tariflöhne der Metallarbeiter nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch in Holland, Schweden, Dänemark, England und in der Schweiz seien nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes im Jahre 1930 um 20, 30, 50 und mehr Prozent höher gewesen als in Deutschland. Die bisher etwa vorgeschlagenen Absätze an Löhnen jener Länder seien jedenfalls nicht höher als in Deutschland. Wenn man aber in einigen Ländern tatsächlich einen geringeren Lohn als in Deutschland gebe, so werde das nicht nur durch die Höhe der Leistungsfähigkeit der deutschen Metallarbeiter, sondern auch durch die erheblich geringeren Lebenshaltungskosten in den anderen Ländern ausgeglichen. So sei zum Beispiel die Kaufkraft des erheblich geringeren Lohnes der Metallarbeiter in Prag im Jahre 1930 nach den Angaben des I.A.A. die gleiche gewesen wie die des Berliner Lohnes.

Der Deutsche Metallarbeiterverband verlangt nach Abrechnung jeden Lohnabschlusses eine Neuregelung der Arbeitszeit, um einen neuwertigen Teil der 755000 arbeitslosen Metallarbeiter wieder in die Produktion zu bringen. Er hat zu diesem Zweck Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Unternehmer und Arbeiter beauftragt und zugleich verlangt, daß die jetzt gekündigten Verträge bis zur Erledigung der Verhandlungen der Spitzenorganisationen verlängert werden.

Tariffkampf im Siegerländer Bergrevier

Siegen, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Am 16. Oktober sollen im Lohnkampf der Siegerländer Bergarbeiter neue Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden. Am Donnerstag haben die Unternehmer nämlich 4000 Bergarbeitern gekündigt, um so freie Hand in den Tarifverhandlungen zu haben.

Im benachbarten Dillgebiet ist zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine Einigung über eine fünfprozentige Lohnaufzögerung zustande gekommen.

Belebende Börsen

An den internationalen Börsen drängen sich die Ereignisse, die an die nervösesten Zeiten der Berliner Börse erinnern. Selbst die zweifellos noch härteste aller Weltbörsen, die Börse von New York, hat von Tag zu Tag wechselnde Tendenz aufzuweisen. Die Industriepapiere zeigen Tiefsturz, wie sie noch nie zu verzeichnen waren. Die amerikanischen Fondvermögen haben sich halbiert, haben in vielen Fällen mehr als zu zwei Dritteln verloren. An den in New York gehandelten deutschen Obligationen und Reichsanleihen vollziehen sich Schwankungen, die deutlich die große Unsicherheit der amerikanischen Finanzwelt und der amerikanischen Spekulation erkennen lassen.

Nach üblich sieht es in London aus. Kenglich verfolgt man die Bewegung des Pfundparks, insbesondere die englischen Staatsanleihen weisen große Empfindlichkeit auf. Die Pariser Börse schwankt nicht minder und wäre dort die Währungspekulation nicht harten Einschränkungen unterworfen. So würden die Kursstürze zweifellos noch weit härter sein, als das bisher der Fall

schon jetzt an Verhandlungen der Gemeinden oder Bezirksverbänden beteiligen, die lokale Maßnahmen zum Ziel haben. Ueber die Durchführung der Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Bedürftigkeitsprüfung und über die Form, in der der Gemeindeverbänden Gelegenheit zur Äußerung über die Bedürftigkeit zu geben ist, ergeht demnächst eine nähere Weisung. Die Bestimmungen des Reichsarbeitsministers, in die Reichsanstalt die Gemeinden oder Gemeindeverbände bei der Bedürftigkeitsprüfung zu entscheiden sehen noch aus. Auch nach dem 12. Oktober 1931 ist der über die Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge vom 17. 1931 zunächst weiterhin anzuwenden, soweit es sich um Krisenunterstützung handelt. Eine nachträgliche Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an allen laufenden Arbeitslosenversicherungen, bei denen das Gesetz die Unterstützung von der Bedürftigkeit abhängig macht, ist nicht erforderlich. Zur Begleichung des Mietzinses für die Wohnstätten der Arbeitslosen an den Vermieter dürfen keine Unterstützungen mehr gezahlt werden. Der Präsident bittet, das tunlichst in der ersten Zahlung nach dem Inkrafttreten der Verordnung berücksichtigt zu werden.

Der Personkreis, gegen den sich eine Ordnungsstrafe kann, ist erweitert worden; diese Erweiterung gilt nicht für Zuwiderhandlungen, die vor dem 12. Oktober begangen sind, wenn sie erst später zur Kenntnis des Arbeitsamtes gelangen.

Das Inkrafttreten der meisten Bestimmungen ist am 12. Oktober festgesetzt und zwar unter Anwendung auf laufende Unterstufungsfälle, so daß die Verbesserungen auch den unter schlechteren gesetzlichen Bedingungen arbeitslos gewordenen kommen. Die bisherigen Unterstufungen dürfen bis zum 7. November weitergezahlt werden. An allen Zahltagen, die dem 7. November liegen, wird nur nach den neuen Sätzen

war. An den Schweizer Börsen vollzieht sich ein allmähliches Abgleiten der Kurse an allen Märkten, da offensichtlich tausende Abzichungen ausländischer Guthaben erfolgen und die Schweizer selbst angesichts der unsicheren Währungsereignisse in den verschiedenen Ländern den Papieren in den Schweizer Franken flüchten. Solche Börsen sind einigermaßen stabil, aber an sich zeigt sich die Tendenz zur Schwäche. Die Devisenparität in Leticia Rückkehr Jugoslawiens zur Devisen- und Balutenwirtschaft fast täglich neuen Bankwierigkeiten in Paris und vielen anderen Staaten rund das Bild der noch immer gewaltigen Unruhe im Bank- und Börsenwesen ab. Daß die Stockholmer Börse wieder geöffnet ist, will garnichts bejagen, am wenigstens nicht bejagen, daß Deutschland seine Börsen wieder öffnen könnte.

Nach langem Hin und Her hat man sich endlich dazu emporgerafft, den verschiedenen Sonderbörsen oder weniger bedenklicher Art ein Ende zu bereiten. Wie dem notwendig das war, haben die ununterbrochenen Abzichungen bei der Reichsbank gezeigt. Hier traten die Wirkungen ausländischer Verkäufe an den deutschen Schwabörse hervor und die Reichsbank ist in eine Situation hineingetrieben worden, die entweder zu einer Diskonterhöhung oder zu stärksten Einschränkungen der Kreditvergabe führen muß. Beides ist gleich unangenehm. Die in der ersten Oktoberwoche einsetzende Ringerung des Kredits der Reichsbank ist dieses Mal fast Erleichterung getreten. Nach einer starken Steigerung der Kasse in der letzten Septemberwoche hat sich der von der Reichsbank gegebene Wechselkredit in der ersten Oktoberwoche noch um 150 Millionen Mark auf über 3688 Millionen Mark vermehrt. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisenvermögen weiter, von 31,2 Prozent Ende September auf 30,1 Prozent gekunken. Das sind alles Erscheinungen, über die man mit sich nichts hinweggehen kann. Wenn die Reichsbank bis jetzt keine Entscheidung getroffen hat, bedeutet das nicht, daß darüber hinwegkommt. Andererseits wird die Unsicherheit in weiten Kreisen gesteigert.

Bei den starken Devisenverlusten der Reichsbank ist verständlich auch immer noch Kapitalflucht wirksam, die das muß immer wieder festgestellt werden — zum Teil Reichsbankgeld finanziert wird. Die viel bemerkteren Ausverkäufe an den deutschen Schwarzbörsen sind ja ein Zeichen unserer Ueberzeugung nach mehr Deutsche als Ausländer beteiligt sind, und es ist nur zu begrüßen, daß die Reichsbank der großen Privatbanken zwingen konnte, bis zur Wiedereröffnung der deutschen Börsen keine Verkaufsaufträge deutscher Effekten für ausländische Kunden auszuführen. Die Reichsbank hatte, wenn diesem Wunsch stattgegeben worden wäre, mit dem Erlaß einer entsprechenden Notverordnung gebrocht. Augenblicklich bemüht sich die Reichsbank, den sogenannten Telefonverkehr, den Geschäftshandel zwischen den Maklern per Telefon, durch freiwillige Einbarung zu unterbinden. Man glaubt, wenn alle irregulären Börsen restlos ausgeschaltet sind, die Grundlag eine Wiedereröffnung der deutschen Börsen zu haben. Man schon die Experimentiererei, aber man weiß, daß damit die Grundlage für einen normalen Börsenverkehr nicht geschaffen werden kann. Notwendig ist hier die völlige Vereinigung in der Währung. Die scheint mehr als bisher in Gang zu kommen. Die übrigen tun die maßgebenden Stellen alles, um die Vereinerung zu hemmen. Die deutsche Wirtschaftspolitik ist ja leider informiert, daß der Besitz höher steht als die Wirtschaft und was man Wirtschaft nennt, ist im Grunde genommen anders als eine Besitzhaltung, selbst in Händen von Millionen, die den wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr gewachsen sind.







## Der Gang durch den Winter

### Niemand soll hungern, niemand braucht frieren

Der Kanzler der deutschen Republik hat in seiner großen Rede gegen die Harzburger Inflationenfront im Reichstag das Wort geprägt, daß es merkwürdig zugehen müsse, wenn das deutsche Volk mit seinem Lebenswillen und seinem politischen Instinkt nicht auch über diesen Winter hinwegkommen würde. Sicherlich, der Winter wird schlimm werden und was die mit den Harzburger Sympathisierenden Groß- und Schwerindustriellen tun können, um die Lage zu verschärfen, das werden sie tun. Diese Krise soll ja, nach eigenem Geständnis, den Großverdienern der deutschen Industrie die Möglichkeit geben, den deutschen Arbeiter um 50 Jahre in seiner Lebenshaltung zurück zu werfen. Sie sollen wieder lernen, als Parasit zu leben, während der Profitweizen der Unternehmer blüht. Wenn sich diese Pläne verwirklichen sollten, dann durch Resignation, durch Verzweiflung der Arbeiterklasse. Diese Gefahr abwenden heißt aber, den uns bevorstehenden Krisenwinter überwinden. Das ist durchaus möglich.

Die Situation ist schlimm. Aber sie war nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Systems im Jahre 1918 viel schlimmer. Auch damals tobte der Hunger. Und die Vorratslager waren leer. Auch heute droht der Hunger. Aber die Vorräte sind bis zum Bersten voll. Wir haben eine Rekordartsernte von 43 Millionen Tonnen, die gar nicht zu verwerten ist. Wir haben allein auf den westfälischen Kohlenhalden über 9 Millionen Tonnen Kohle liegen, die man nicht verkaufen kann. Wir haben in Deutschland 4 Millionen Schmelzeöfen, die den Markt fortwährend in Unordnung bringen. Wir haben so viel Vorräte an Nahrungsmitteln und Brennstoffen, daß keiner zu hungern und keiner zu frieren braucht. Die Menschen haugen sich in Hungerkrawallen nicht auf den Straßen der Großstädte blutig zu schlagen. Wir müssen nur den Mut haben, die Vorräte zu mobilisieren, die Vorräte an die Massen zu leiten. Es ist nicht nötig, daß man deutsche Kohle zu einem phantastisch niedrigen Preis im Export verschleubert; es ist nicht nötig, daß man Exportprämien zahlt und deutsches Fleisch zu unwahrscheinlichen Niedrigpreisen im Ausland verkauft. Es ist ferner nicht nötig, daß man aus Kartoffeln 2 Millionen Hektoliter Fuel brennt, der nicht absehbar ist. Und schließlich ist es nicht nötig, daß man den deutschen Zucker zu einem Preis nach der Ausland exportiert, der ungefähr ein Drittel des deutschen Preises ausmacht. Die Reichsstatistiken schreiben so viel über Reparationszahlungen an das Ausland. Sie sollten sich einmal überlegen, daß wir mit diesen Dingen dem Ausland freiwillig Reparationen zahlen, während die Menschen bei uns im Lande hungern, während man sich in unserem Lande Sorgen um den Winter macht.

Diese Vorräte, richtig gebraucht und richtig verbraucht, geben Deutschland über den Winter die notwendige Atempause, die Früchte der internationalen Verständigung und der Equidierung der Weltwirtschaftskrise abzuwarten. Damit ist alles gewonnen. Es ist ein historisches Verdienst der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie durch ihre Anträge im Reichstag gangbare Wege gewiesen hat. Ja, wenn man Menschen mit leerem Magen in kalten Mietwohnungen sitzen läßt, dann kommt die Verzweiflung, dann ist die Resignation da, die das Unternehmertum wünscht und nötig hat. Schafft man den Arbeitslosen aber zu essen und gibt ihnen eine warme Wohnung, worauf die sozialdemokratischen Anträge hingingen, dann sehen sich die Dinge dieses Winters schon etwas freundlicher an. Es handelt sich bei den sozialdemokratischen Anträgen nicht, wie bei den Subventionen an die Großindustrie und Großlandwirtschaft, um Hunderte von Millionen. Es ist ein Objekt, das das Reich aufräumen kann. Aufbringen muß, wenn es Deutschland vor dem Chaos bewahren will.

Wir sehen keinen anderen Weg, wenn man nicht vor dem Ziel, jetzt, wo die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hat, blutig scheitern will. Wenn die radikalen Parteien in Deutschland etwas Besseres haben und etwas Besseres können, dann müssen sie endlich ihre Vorschläge und ihre Programme vorlegen. Das ist aber schwerer als eine negative Kritik, die, bewußt oder unbewußt, den schwarzmacherrischen Tendenzen des deutschen Unternehmertums zugute kommt.

Die Kommunisten haben, als der Reichskanzler über die Inflationsegefahr im Reichstag sprach, den Vorschlag gemacht, die deutsche Mark an den russischen Rubel zu knüpfen. Zugegeben: der gegenwärtige Zustand in Rußland blendet. So ist es leicht, damit zu agitieren, daß Rußland keine Arbeitslosen hat. Dabei vergißt man nur, daß Rußland sich in der Aufbauperiode befindet, die mit dem Geld kapitalistischer Staaten finanziert wird und die auch einmal ein Ende hat; daß Rußland, verglichen mit den westeuropäischen Staaten, nur über kleine Arbeiterheere verfügt, die den Bedarf Rußlands an Arbeitskräften, solange die Aufbauperiode andauert, nicht decken. Rußland wird dieselben Schwierigkeiten haben, gegen die die kapitalistischen Länder jetzt kämpfen, wenn die Aufbauperiode vorbei sein wird. Und bei einem Faktieren zwischen Deutschland und Rußland, wie das die deutschen Kommunisten befürworten, wäre Rußland der Nehmende, Deutschland aber der Gebende Teil. Wir helfen gern unsere Maschinen nach Rußland und helfen Rußland gern bei seinem Aufbau. Für Subventionen an Rußland sind wir aber zu arm.

Wir sind wir auch, um das Programm des Reichsradikalismus durchzuführen. Zu arm sind wir, um eine neue Inflation zu finanzieren. Nachdem in Bad Harzburg auf der Tagung der „nationalen Opposition“ unbedachte Worte über eine neue Inflation gefallen sind, hält man es an der Zeit, jetzt so zu tun, als ob das nicht mehr wäre. Man wolle nur ein Sinnengeld, das Hugenberg ja schon seit Jahren empfiehlt. Im Verkehr mit dem Ausland könne man die Mark weiter gebrauchen. Was wäre das? Das Sinnengeld wäre das schlechteste Geld, das Geld für den Proletariat, das Geld für den Arbeiter, das Geld für den Später, die die neue Inflation bezahlen müßten, damit sich die Groß- und Schwerindustrie gesund fühlte. Auch die Austrede, wir brauchen nur ein „bisches Inflation“, um unseren Export auf den Stand anderer Länder zu bringen, kann über die Gefahr nicht hinwegtäuschen. Macht man aber Inflation, dann reißt bald alle Stränge. Das zeigt die Entwicklung des Dollars in der deutschen Inflationszeit:

Man bezahlte für einen Dollar:	
im Frieden	4,19
Anfang Februar 1920	30,90
Ende 1921	230,-
Ende 1922	7.460,-
im Herbst 1923	2.967.567.500,-

Das waren jene Zeiten, in denen der Arbeiter in der Woche so viel verdiente, daß er sich eben eine Zigarette kaufen konnte, in denen nach amtlichen Dokumenten, die Proletarierkinder in

Düsseldorf die Rehrichthäuser nach Nahrungsmitteln vor den großen Hotels durchsuchten. Das war jene Zeit, in der Hugo Stinnes und die beiden Stüben der „nationalen Opposition“ Albert Bögler und Friedrich Bück vom Ruhrtrakt, ihre Industrieherzogtümer zusammenkauften.

Diese kleine Andeutung aus einer Zeit, die nie wiederkehren darf, sollte vor den rechtsradikalen Phrasen eindringlich warnen.

### Sur Durchführung der neuen Bestimmungen der Notverordnung über den Arbeitslosenschutz

hat der Präsident der Reichsanstalt jetzt seine ersten Anweisungen herausgegeben. Er teilt darin mit, daß eine Entscheidung des Vorstandes der Reichsanstalt, inwieweit die Arbeitslosenschutzbestimmungen in Sachleistungen bestimmter Art gewährt werden kann, in Kürze herbeigeführt werden soll. Ebenso bleibt es besonderer Anordnung vorbehalten, zu bestimmen, wie zu verfahren ist, wenn ein Arbeitsamt sich für die von ihm unterstützten Personen an Maßnahmen von Gemeinden und Fürsorgeträgern beteiligt, die eine Erhöhung der Kaufkraft der Unterstützten durch Ausgabe von Gutschein oder Bezugsscheinen bezwecken, die zum beschlagnahmten Lebensmittel- oder Brennstoffbezug berechtigen. Der Präsident hat keine Bedenken dagegen, daß die Arbeitsämter sich

## Die Metallindustriellen kündigen Lohnabkommen für 600000 Arbeiter

Die Metallindustriellen haben auf Anweisung ihres Gesamtverbandes die Lohnabkommen für mehr als 600000 Arbeiter gekündigt.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat dem Gesamtverband der Metallindustriellen in einer Eingabe mitgeteilt, daß jeder weitere Tariflohnabbau von den Metallarbeitern zurückgewiesen werden müsse. Die Tariflöhne in der Metallindustrie ständen an niedrigerer Stelle, obwohl es sich bei dem Metallarbeiter um eine hochqualifizierte Arbeitskraft handle, deren Leistungsfähigkeit von der Arbeiterschaft anderer Industrien und anderer Länder nicht übertroffen werde. Wenn die Unternehmer darauf aufmerksam machten, daß 75 Prozent aller Metallarbeiter Arbeitslos seien, d. h. höhere Verdienste erzielten, als sich aus den Tariflöhnen ergebe, so beweis das nur, daß 25 Prozent, d. h. Hunderttausende nur die völlig unzureichenden Tariflöhne bezögen und zwar auch dann, wenn sie bei Kurzarbeit nur 40 oder 24 oder noch weniger Stunden pro Woche beschäftigt seien. Der Hinweis der Unternehmer auf die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland sei durchaus unbegründet. Die Tariflöhne der Metallarbeiter nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch in Holland, Schweden, Dänemark, England und in der Schweiz seien nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes im Jahre 1920 am 20., 30., 50 und mehr Prozent höher gewesen als in Deutschland. Die bisher etwa vorgenommenen Absätze an Löhnen jener Länder seien jedenfalls nicht höher als in Deutschland. Wenn man aber in einigen Ländern tatsächlich einen geringeren Lohn als in Deutschland gebe, so werde das nicht nur durch die Höhe der Leistungsfähigkeit der deutschen Metallarbeiter, sondern auch durch die erheblich geringeren Lebenshaltungskosten in den anderen Ländern ausgeglichen. So sei zum Beispiel die Kaufkraft des erheblich geringeren Lohnes der Metallarbeiter in Prag im Jahre 1920 nach den Angaben des I.A.A. die gleiche gewesen wie die des Berliner Lohnes.

Der Deutsche Metallarbeiterverband verlangt nach Abschaffung jeden Lohnabbaus eine Neuregelung der Arbeitszeit, um einen neuwertigen Teil der 735000 arbeitslosen Metallarbeiter wieder in die Produktion zu bringen. Er hat zu diesem Zweck Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Unternehmer und Arbeiter beantragt und zugleich verlangt, daß die jetzt gekündigten Verträge bis zur Erledigung der Verhandlungen der Spitzenorganisationen verlängert werden.

### Tarifkampf im Siegerländer Bergrevier

Siegen, 15. Oktober. (Sig. Drahtbericht.)

Am 16. Oktober sollen im Lohnkampf der Siegerländer Bergarbeiter neue Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden. Am Donnerstag haben die Unternehmer sämtlichen 4000 Bergarbeitern gekündigt, um so ihre Hand in den Tarifverhandlungen zu haben.

Im benachbarten Dillgebiet ist zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine Einigung über eine fünfprozentige Lohnerhöhung zustande gekommen.

### Bebende Börsen

An den internationalen Börsen drängen sich die Ereignisse, die an die nervösesten Zeiten der Berliner Börse erinnern. Selbst die zweifelslos noch stärkste aller Weltbörsen, die Börse von New York, hat von Tag zu Tag wechselnde Tendenz aufzuweisen. Die Industriepapiere zeigen Tiefsturz, wie sie noch nie zu verzeichnen waren. Die amerikanischen Börsenvermögen haben sich halbiert, haben in vielen Fällen mehr als zu zwei Dritteln verloren. An den in New York gehandelten deutschen Obligationen und Reichsanleihen vollziehen sich Schwantunnen, die deutlich die große Unsicherheit der amerikanischen Finanzwelt und der amerikanischen Spekulation erkennen lassen.

Nach über sieht es in London aus. Kengstlich verfolgt man die Bewegung des Pfundfats, insbesondere die englischen Staatsanleihen weisen große Empfindlichkeit auf. Die Pariser Börse schwankt nicht ründer und wäre dort die Bullenpartei nicht so stark Einströmungen unterworfen, so würden die Kursverläufe zweifelslos noch weit härter sein, als das bisher der Fall

schon jetzt an Verhandlungen der Gemeinden oder Bezirkeverbänden beteiligen, die solche Maßnahmen zum Ziel haben. Ueber die Durchführung der Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Bedürftigkeitsprüfung und über die Form, in der der oder den Gemeindeverbänden Gelegenheit zur Äußerung der Bedürftigkeit zu geben ist, ergeht demnächst eine Anweisung. Die Bestimmungen des Reichsarbeitsministers, die die Reichsanstalt die Gemeinden oder Gemeindeverbände bei der Bedürftigkeitsprüfung zu entscheiden haben noch aus. Auch nach dem 12. Oktober 1921 ist über die Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge vom 17. 1921 zunächst weiterhin anzuwenden, soweit es sich um Krisenunterstützung handelt. Eine nachträgliche Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an allen laufenden Arbeitslosenversicherungen, bei denen das Gesetz die Unterstützung von der Bedürftigkeit abhängig macht, ist nicht erforderlich.

Zur Begleichung des Mietzinses für die Wohn-Arbeitslosen an den Vermieter dürfen keine Unterstühtungen mehr gezahlt werden. Der Präsident bittet, das tunlichst bei der ersten Zahlung nach dem Inkrafttreten der Verordnung herbeizuführen.

Der Personenkreis, gegen den sich eine Ordnungsstrafkan kann, ist erweitert worden; diese Erweiterung gilt in den Zuwerdhandlungen, die vor dem 12. Oktober begangen wurden, wenn sie erst später zur Kenntnis des Arbeitsamtes gelangen.

Das Inkrafttreten der meisten Bestimmungen ist am 12. Oktober festgesetzt und zwar unter Anwendung auf Unterstützungsfälle, so daß die Verbesserungen auch den unglücklicheren geschlichen Bedingungen arbeitslos Gewordene kommen. Die bisherigen Unterstühtungen dürfen bis zum 7. November weitergezahlt werden. An allen Zahltagen, dem 7. November liegen, wird nur nach den neuen Sätzen

war. An den Schweizer Börsen vollzieht sich ein allmähliches Abgleiten der Kurse an allen Märkten, da offene laufende Abziehungen ausländischer Guthaben zu erfolgen und die Schweizer selbst angesichts der unsicheren Währungsereignisse in den verschiedenen Ländern den Papieren in den Schweizer Franken flüchten. Solange die Börsen sind einigermaßen stabil, aber auch hier zeigt sich die Tendenz zur Schwäche. Die Devisenperre in Lettland, die Rückkehr Jugoslawiens zur Devisen- und Valutenwirtschaft, fast täglich neuen Bankwierigkeiten in Paris und vielen Staaten rund das Bild der noch immer gewaltigen Unruhen im Bank- und Börsenwesen ab. Daß die Stockholmer Börse wieder geöffnet ist, will gar nichts besagen, am wenigstens nicht besagen, daß Deutschland seine Börsen wieder öffnen könnte.

Nach langem Hin und Her hat man sich endlich dazu emporgerafft, den verschiedenen Sonderbörsen oder weniger bedenklicher Art ein Ende zu bereiten. Wie notwendig das war, haben die ununterbrochenen Abzüge der Devisen bei der Reichsbank gezeigt. Hier traten die Währungsverkäufe an den deutschen Schatzkassen hervor und die Reichsbank ist in eine Situation getrieben worden, die entweder zu einer Diszinserhöhung oder zu stärksten Einschränkung der Kredithergabe führen muß. Beides ist gleich unangenehm. Die in der ersten Oktoberwoche einsetzende Verringerung des Kredits der Reichsbank ist dieses Mal zu Erscheinung getreten. Nach einer starken Steigerung der Kredits in der letzten Septemberwoche hat sich der von der Reichsbank gegebene Wechselkredit in der ersten Oktoberwoche nach 150 Millionen Mark auf über 3688 Millionen Mark vergrößert. Die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdepot weiter, von 31,2 Prozent Ende September auf 30,1 Prozent gesunken. Das sind alles Erscheinungen, über die man mit nichts hinweggehen kann. Wenn die Reichsbank bis jetzt keine Entscheidung getroffen hat, bedeutet das nicht, daß darüber hinweggesehen wird. Andererseits wird die Unsicherheit in weiten Kreisen gesteigert.

Bei den starken Devisenverlusten der Reichsbank ist verständlich auch immer noch Kapitalflucht wirksam, die das muß immer wieder festgestellt werden — zum Teil Reichsbankgeld finanziert wird. Die viel bemerkten Ausverkäufe an den deutschen Schwarzbörsen sind ja ein Ausdruck unserer Ueberzeugung nach mehr Deutsche als Ausländer beteiligt sind, und es ist nur zu begrüßen, daß die Reichsbank die großen Privatbanken zwingen konnte, bis zur Wiedereröffnung der deutschen Börsen keine Verkaufsaufträge auszuführen. Die Reichsbank hatte, wenn diesem Wunsch stattgegeben worden wäre, mit dem Erlaß einer entsprechenden Notverordnung gedroht. Augenblicklich bemüht sich die Reichsbank, den sogenannten Telefonverkehr, den Geschäftsverkehr zwischen den Märkten per Telefon, durch freiwillige einbarung zu unterbinden. Man glaubt, wenn alle irregulären Börsen restlos ausgeschaltet sind, die Grundbedingung einer Wiedereröffnung der deutschen Börsen zu haben. Man schenke die Experimentiererei, aber man weiß, daß damit die Grundlage für einen normalen Börsenverkehr nicht geschaffen werden kann. Notwendig ist hier die völlige Vereinigung in der Wirtschaft. Die scheint mehr als bisher in Gang zu kommen. Wir hoffen, daß die deutschen Wirtschaftspolitik ist ja leider informiert, daß der Besitz höher steht als die Wirtschaft und was man Wirtschaft nennt, ist im Grunde genommen anderes als eine Besitzhaltung, selbst in Händen von Millionen Leuten, die den wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr gewachsen sind.



## Provinztagung der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen

Die Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen, Ortsgruppe Breslau, hat am 3. und 4. Oktober ersten Male eine Provinzkonferenz einberufen. Trotz der kühlen wirtschaftlichen Lage war die Tagung von Genossen und Genossinnen aus allen Teilen der Provinz Nieder- und Oberschlesien gut besucht. Außerordentlich bedauerlich war es, daß der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt kein Vertreter ernannt war. Die Anwesenheit von Reichstags- und Landtagsabgeordneten und Mitarbeitern der Behörden zeigt, daß die Provinztagung der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen ein reges Interesse hervorgerufen hat.

Der Begrüßungsabend, der in der Hauptsache dazu dienen sollte, einen Erfahrungsaustausch zwischen den Kolleginnen und Genossen aus den verschiedenen Gegenden der Provinz herbeizuführen, ist sicher in dieser Beziehung als gelungen anzusehen.

Am Sonntag vormittag fanden sich die hauptamtlich tätigen Fürsorger und Fürsorgerinnen und die ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt, Ortsauschuß Breslau, zu einer gemeinsamen Beratungskonferenz zusammen.

Der Genosse Giese sprach über „die Gefahren des Abbaues der Wohlfahrtspflege in den Gemeinden“. Genosse Giese ging in einer kurzen Einleitung auf die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage der Gemeinden ein. An Beispielen aus Görtz zeigte er, daß heute das Wohlfahrtsamt die größten Schwierigkeiten erfährt. Wenn früher in der Hauptsache nur die Kranken- und Altersausgaben zu berücksichtigen waren, so müssen heute zum größten Teil Mittel bereitgestellt werden für die arbeitssuchenden Arbeitskräfte, die infolge der Wirtschaftskrise arbeitslos geworden sind. Genosse Giese ging dann weiter auf das Sparprogramm des Deutschen Städtetages, soweit es das Gebiet der Wohlfahrtspflege betraf, näher ein und stellte fest, daß bei allen Sparmaßnahmen auch wirklich ein Ergebnis herauskommen müsse, und daß sich alle Maßnahmen durchsetzen müssen in das große Ganze.

In der anschließenden regen Aussprache, an der sich die meisten Teilnehmer, Beier, Böcker, Swolinzi und Genossinnen ebenfalls beteiligten, wurden noch einige einschlägige Gegenstände behandelt. Genosse Giese ging in seinem Schlusswort noch auf die neu aufgeworfenen Fragen ein.

Nach der Mittagspause fand sich die Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen im internen Kreis zusammen, in dem Genosse Geisler in außerordentlich klarer und sachlicher Weise die Organisations- und Berufsfragen sprach. Er stellte ganz besonders heraus, daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes der Arbeitsgemeinschaft sei, sich freigewerkschaftlich zu organisieren und zwar, um eine Spaltung zu vermeiden, in einer Organisation, ganz gleich, ob die Genossinnen im Beamten- oder Angestelltenverhältnis stehen. Genosse Geisler regte ferner, daß in der Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt“ ein besonderer Teil die Berufsfragen der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen freigestellt wird.

Nach den Ausführungen des Genossen Geisler wurden dann die Beschlüsse einer Arbeitsgemeinschaft noch die Dinge erörtert, die im Hinblick auf die Tagung der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen in der Provinztagung der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen von den Teilnehmerinnen einstimmig angenommen.

Die Genossinnen Saß-Nieschowitz, Bezirk Oberschlesien, Genossin Müller-Zimmer, Breslau, Bezirk Mittelschlesien, Genossin Leisten-Görtz, Bezirk Niederschlesien werden von der Tagungsteilnehmerin beauftragt, den Provinzvorstand zu vertreten, der in Zukunft die Geschäfte der sozialistischen Fürsorgerinnen und Fürsorger zu führen und zu den dauernden Besprechungen, Wirtschafts-, Personal- und Berufsfragen Stellung zu nehmen hat.

Die nächste Tagung soll im März 1932 in Waldenburg stattfinden. Die Vorsitzende der Breslauer Arbeitsgemeinschaft, Genossin Müller-Zimmer, schloß die Tagung mit einem Gruß an die Teilnehmerinnen.

Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in Breslau versammelten sozialistischen Fürsorgerinnen der Provinz Nieder-, Mittel- und Oberschlesien bekennen ihre erschütterliche Zusammengehörigkeit mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und stehen allen Spaltungsversuchen, unbeschadet der persönlichen Einstellung des Einzelnen, im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung einer geschlossenen, tagungstätigen sozialistischen Arbeiterbewegung ab.“

## Die Mädchen am Fenster

Das Haus liegt an einer alten Brunnstraße. Ehemalige Gießerhöfen in seiner nahen Nachbarschaft zeichnen sich durch Wohlgepflegtheit und auserlesene Gartenarbeit an Gittern, Säulen und Balconen aus. Es macht fast gar nichts aus, daß die häßliche Büros, Armenberatungen und Stempelämter ihren Raum darin ausgefüllt haben. Gegenüber stehen wie in Monumente in Allen und Anlagen die herrlichen Zeugen des kaiserlichen Gartenschmades einer abgelaufenen Epoche. Tulpen-, Rosen-, Gütteräume, die Weltische Jagdräucher, Kasanien.

Aber auch die Bänke darunter gemahnen an den Ernst der Zeit. Sie sind von früh bis spät voller Arbeitsloser. Kinder kommen da, denn es werden ja nicht mehr so viele geboren. Die Zeit ist man verleitet, zu seufzen: Gott sei Dank! —

Das Haus in der prunkvollen Straßenseite hat granitene Treppen. Edelglasfenster glänzen in hohen Fenstern mit Runden oben, die ein strahlenförmiges Fensterleisten-Gerippe haben. Man möchte glauben, daß das Parterre einmal der Tanzraum eines kleinen Ministerpalais gewesen sei. Aber auch dieses Haus der Zeit seinen Tribut gezollt. Man hat, wenn auch hochachtungsvoll, Einzelwohnungen in ihm errichtet.

Ein Fenster im untersten Stock steht sehr weit offen. Da die Fensterbrüstung ganz niedrig liegt, kann man das herrliche Luisen-Seize-Zimmer darin in allem Glanze bester Erhaltung und Produkt einer mühevollen Pflege durch mehrere Hausmädchen tagen.

Diese beiden Mädchen besser angezogen als viele Hausmädchen des veredelnden Mittelstandes, mit gewinnend gutem und opferfähig lauberen Gesichtern, sind seit einiger Zeit aufgeragt in dem schönen Luisen-Seize-Zimmer um etwas mehr, das garnichts mit Aufträgen, aber auch garnichts mit Anträgen zu tun hat. Die eine eilt immer wieder ängstlich zum großen Raum nach hinten und späht dort in einen Winkel, damit sie beide bei ihrem Gespräch nicht erwicht werden. Normal hört man sie zu der andern seufzen: „Ach, er wird doch nicht kommen.“

Die andere lehnt sich weit spähend aus dem Fenster. In der Küche dampft das Rännchen frisch aufgeschlagen, bester Mehl. Es ist herrschaftlicher. Was sie tun, das können sich die Mädchen von sich aus nicht leisten. Daran ist kein Zweifel.

## Klassenkampf und doch Tolerierung

Die SAPD. versucht unter der organisierten Arbeiterschaft, und vor allem auch unter den Frauen, dadurch Anhänger zu gewinnen, daß sie härtesten Klassenkampf mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln verkündet und behauptet dadurch die gegenwärtige Notzeit wirksamer bekämpfen und den Klassengegnern mehr Zugeständnisse an die Forderungen der Arbeiterschaft abtrotzen zu können.

Der Klassenkampf mit parlamentarischen Mitteln soll nach der Auffassung von Seidewitz, Rosenfeld und Ziegler darin bestehen, daß schärfste Abgrenzung von allen bürgerlichen Parteien und Mißtrauenserklärung gegen die Regierung Brünning erfolgt. Dabei wird absichtlich oder unabsichtlich eine sehr äußerliche Abgrenzung der Klassenfronten im Reichstag als feststehende unverrückbare Tatsache behauptet, die in dieser primitiven Form nicht gegeben ist. Durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Nachkriegszeit sind zwar die weltanschaulichen und damit kulturpolitischen Gegensätze zum Zentrum in unverminderter Schärfe bestehen geblieben, doch hat sich in der Außen- und Innenpolitik

die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwangsläufig ergeben, da für beide Parteien andere tragfähige parlamentarische Mehrheiten, wie sie die demokratische Regierung fordern, nicht gegeben waren. Das Zentrum wäre, wenn sich die Sozialdemokratie grundsätzlich einer Zusammenarbeit mit ihm in den letzten Jahren einziehen hätte, zu einer Koalitionspolitik mit den Rechtsparteien gezwungen worden, durch die die Interessen der arbeitenden Massen in vielen lebenswichtigen Fragen aufs schwerste geschädigt worden wären. Das Zentrum war bei der Zusammenarbeit insofern in der günstigeren Position, als es bei dem Kräfteverhältnis der bürgerlichen Parteien uns gegenüber fast stets in der Lage war, andere politische Bündnismöglichkeiten auszu spielen, während die Sozialdemokratie durch die vollkommen abneigende und zu keinerlei positiver parlamentarischer Arbeit bereite Haltung der Kommunisten eine Links-Koalition gegenüber dem Zentrum nicht ins Treffen führen konnte. Schärfer parlamentarischer Klassenkampf ist somit durch die kommunistischen Gralshüter marxistischer Klassenkampftheorie für die Sozialdemokratie praktisch unmöglich gemacht worden, wollte sie nicht als stärkste Partei jahrelang auf aktive Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung verzichten. Die unentwegt „Unintentionen“ wollen nur Glauben machen, daß für die Gewinnung der Masse der Wählerkraft und damit für die Eroberung der parlamentarischen Mehrheit eine reine Oppositionspolitik ohne jedwede Koalition mit bürgerlichen Parteien, auf lange Sicht betrachtet, politisch richtiger gewesen wäre, weil wir uns dadurch das Vertrauen des Proletariats in unsere unverwundliche Kampfstellung zum heutigen bürgerlichen Klassenstaat erhalten hätten und nicht belastet wären mit Kompromissen, die mit unseren Grundfragen schwer vereinbar sind. Als Musterbeispiel für die Erfolge derartiger rein vermeintlicher politischer parlamentarischer Taktik wird uns von den Koalitionsgegnern stets

die Taktik der österreichischen Sozialdemokratie vor Augen geführt. Dabei wird in Österreich weniger an die politische parlamentarische Entwicklung im Bundesparlament und in den Ländern als an die kommunalpolitischen Erfolge in Wien gedacht, die durch die weitgehende Boden-, Wohnungs- und Finanzpolitik sicherlich vorbildlich sind und weit über Wiens Grenzen hinaus Bedeutung als Beispiel sozialistischer Aufbauarbeit in einer Zeit größter wirtschaftlicher Schwierigkeiten haben.

Betont werden muß, daß sich die innen- und außenpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben und Schwierigkeiten in Deutschland und Österreich und damit die praktischen parlamentarischen Notwendigkeiten gänzlich vergleichen und auf dieselbe Formel bringen lassen. Die deutsche Sozialdemokratie mußte in ihrer taktischen Haltung vornehmlich der Gestaltung unserer Außenpolitik Rechnung tragen, um allmählich das Mißtrauen des Auslandes gegenüber unserem Willen zur Wiedergutmachung und friedlichen Verständigung zu überwinden.

Wir Frauen müssen diese schwere und verantwortungsvolle Aufgabe der Partei besonders würdigen, da sie zur Befriedung der Welt unerlässlich notwendig war.

Die deutsche Sozialdemokratie gilt im In- und Ausland als wichtigster Garant der Erhaltung des Friedens und ihre unbetrieblare Verbrüderungspolitik ist es, die ihr die Todsünden der rechtsabwärtigen Kreise eingetragen hat, die durch neue außenpolitische Abenteuer und Bürgerkrieg die Wiederaufrichtung der alten Machtverhältnisse im Staat erstreben.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß dieser außenpolitische

Auf dem Tische liegt ein Tablett mit einer die bestrichenen Kräftegen Bunterschnitte. Die Mädchen scheinen zeigen zu wollen, daß sie eigenmächtig Humanität mit fremdem Gute treiben. Es ist ein Stück Auflehnung dabei: Wir wissen, daß es verboten ist. Halten sie das, was sie tun, für die Korrektur einer vernachlässigten Pflicht? Oder gar für berechtigten Tadel an der Herrschaft, der nicht offenkundig werden darf? Oder ist alles nur unbedachte Spendelust? Die Herrschaft ist in einem Verein gegen Verarmung und Bettel. Die Mädchen denken offenbar: anders: Heute ist Notzeit, und es sieht gut aus, wenn das Haus offen spendet.

Das Haus hat keinen Nebeneingang, und der Zugang über die Marmortreppe zur Küche ist für Bettelleute völlig unmöglich. Es ist eine ruhrende Unbeholfenheit in dem Gebaren der Mädchen. Sie reunen fortwährend zwischen Angst und Stolz umher und haben wohl doch nur die Freude am Spenden und vergeßen den Eigentumsbegriff. Vielleicht trennt Angestellte und Herrschaft auch nur das nicht ausgesprochene Wort. Auch könnten die Mädchen ja ein Rännchen und ein Pflöckchen zum Mitgeben bereit halten; aber nein: Sie wollen Tasse nach Tasse zum Fenster hinausreichen und das arme alte Weiblein kauen sehen. Es ist zu komisch, was sich in der Welt immer wieder anders geartet abspielt.

Sie machen das jeden Morgen so. Das weiß schon das ganze Stadtmittel. Die Mädchen tragen, lauern, freuen sich. Einmal taucht das Häuflein Anglist auf. Es kommt geküßt. Das Erneuern der Verbände um die ewig wunden Füße hat die Alte etwas lange aufgehalten. Sie kommt in einer unumglichen antiken Kapotte, mit schwarzen Zeitplättchen daran. Alles an ihr steht nach ehemaliger wohlhabender Kaufmannsgattin aus. Es kann ja aber auch die abgelegte Kapotte einer anderen sein, die diese Arme abträgt, unter Umständen schon dreißig Jahre lang abträgt. Ihre Augen sind tot, tränenlos und doch vertränt. Das Weiblein trägt auch eine Mantille, von der man nicht glauben möchte, daß Stoff so lange hält, denn schließlich sind seit 1870 immerhin einundsechzig Jahre vergangen.

Während Anne nach dem Gange späht, hinten, im Luisen-Seize-Zimmer, lehnt Grete zum Fenster hinaus, förmlich, als tränke sie wöllig aus diesem zerlärten Anblick einen Tröst. Das Mädchenesicht verzerrt sich selber ganz greißig, und man hört den Rot für die gierig schlürfende und Wammelig-Klagende, der womöglich unnötig wäre, wenn die Partner dieses Dienstrehabnisses sich ausdrückte: „Wenn ich weg!“ sagt, heißt du die Tasse unter die Mantille und humpelst weiter!“

Früh W. Schönfeld.

Einfluß der Partei nur erreicht werden konnte durch die zeitweise Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien oder ihrer Duldung an der Regierung. Der augenblickliche Ansturm der machtklüglichen Kreise um Hitler, Hugenberg, Seefeld und Schacht und der Widerstand, den Brüning nicht zulezt aus außenpolitischen Rücksichten ihnen leisten muß, zeigt deutlich den Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik und die Gefahren, welche in einer reinen Oppositionspolitik gelegen hätten. Gerade weil jetzt die Früchte der Verständigungspolitik zwangsläufig zu reifen beginnen und sich in ganz Europa die Erkenntnis der Notwendigkeit friedlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit Bahn bricht, um den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Ruin zu verhüten, wird strupellos versucht, dieser unter schweren Opfern erreichten Entwicklung in letzter Stunde Einhalt zu tun. Männer wie Schacht, die sich national nennen, scheuen nicht davor zurück, unsere Kreditfähigkeit zu untergraben, weil sie eigennützig politische und wirtschaftliche Interessen einer kleinen Oberschicht zum Schaden der Volksgemeinschaft wahren wollen. Eine Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten und damit eine Rettung für die Erwerbslosen ist nur durch eine Verständigung mit Frankreich und durch eine Regierung Brüning im Augenblick möglich.

Wir müssen Verständnis gewinnen für diese politischen, parlamentarischen Zusammenhänge und erkennen, daß die wechselnden Notwendigkeiten politischer Taktik sich bei der unentzerrbaren Verflechtung der Interessen der deutschen Arbeiterschaft mit der gesamteuropäischen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht auf die einfache Formel einiger Schlagworte bringen lassen.

Durch starres Festhalten an vorgefaßten Meinungen ist die unagbar schwierige Lage im Augenblick nicht zu meistern. Wir sind gezwungen, alle politischen Entwicklungen unter internationalem Gesichtspunkt zu werten und müssen lernen, die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben nach Kontinenten und nicht nach Einzelländern zu messen. Es zeugt von wenig sozialistischem Wissen, wenn in dieser Situation einzelne Gruppen ehemaliger Parteigenossen ihre taktischen Forderungen auf Oppositionspolitik um jeden Preis, die deutlich den Stempel eng begrenzter lokaler Betrachtungsweise tragen, als Grundlage für eine neue Parteibildung glauben zu können und sich anspruchsvoll als alleinige Trägerin sozialistischer Ideen ausgeben. Sie fordern den Klassenkampf mit allen parlamentarischen Mitteln, ohne zu erkennen, welches Stadium schwersten Klassenkampfes sich im Ansturm gegen die Regierung Brüning von den Kreisen vollzieht, die im alten Staat die alleinige Vormachtstellung in Händen hatten. Der Kampf gegen das Tarif- und Schlichtungswesen, der Kampf um die Steuer- und Zollpolitik, der Kampf um die Löhne und die Sozialversicherung, der Kampf gegen die Kartelle und Syndikate, der Kampf gegen die falsche Kreditpolitik der Banken ist Klassenkampf im sozialistischen Sinne. Ein Kampf um die Lebensinteressen der Masse der arbeitenden Bevölkerung gegenüber dem egoistischen Interesse einer kleinen Interessentengruppe. Dieser Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist nicht auf einzelne große Entscheidungen begrenzt, die für jeden unmittelbar beuillig werden, sondern er vollzieht sich täglich und stündlich. Er bringt Teilerfolge, auch Mißerfolge, die bei dem wechselnden Kräfteverhältnis der ringenden Wirtschaftsmächte unvermeidlich sind, aber er ist in den Grundgedanken und Zielen der Entwicklung unaufhaltsam. Diese, die das Schlagwort „Klassenkampf“ unentwegt im Munde führen, sind sich dieser Zusammenhänge und ihrer Bedeutung gänzlich bewußt.

Die Frauen unterliegen besonders der Gefahr, sich von halb verstandenen Schlagworten einfangen zu lassen, ohne die politische und wirtschaftliche Tragweite einzelner taktischer Entscheidungen richtig zu übersehen, da sie im allgemeinen nicht gewohnt sind, sich mit diesen Fragen grundsätzlich auseinanderzusetzen. Sie können jedoch aus ihrer praktischen Anschauung der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Einzelhaushaltes von der Gestaltung der Löhne und Preise erkennen, wo für sie im Augenblick die gefährlichsten Feinde für die Aufrechterhaltung der ohnedies schon so notdürftigen Existenz stehen.

Sie werden aus ihrem tiefen Verantwortungsgefühl für die Familie mit sicherem Instinkt begreifen, daß sie und diejenigen, die sie mit ihrer politischen Vertretung im Reichstag betraut haben, es nicht verantworten können, ihre erbittertesten Klassengegner, die Todsünden demokratischer und sozialistischer Entwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft kalten Blutes mit Gewalt beseitigen, Hungerlöhne bei längerer Arbeitszeit und politische Entrechtung erzwingen und das geistige und kulturelle Leben des Proletariats um Jahrzehnte in der Entwicklung zurückwerfen wollen, nicht an die Macht lassen dürfen, so lange es noch Wege gibt, ihren Diktaturgefühlen zu begegnen.

Die unerhörten Forderungen, die die Vertreter der bestehenden Kreise durch ihre Arbeitgeberverbände und ihre politischen Stoßtruppen im Hitlerlager und im Stahlhelm jetzt aufgestellt haben, zeigen auch den politischen Unverstand den Ernst der Stunde. Sie schmieden die gesamte Arbeitnehmerkraft zu einer Abwehrfront zusammen, auch wenn sie sonst weltanschaulich in verschiedenen Lagern steht. Die Frauen können viel dazu beitragen durch ihre Auffklärungsarbeit von Mund zu Mund, denjenigen, die sich über ihre Klassenlage bisher noch nicht ganz klar waren, ihre Solidarität mit der proletarischen Masse klar zu machen. Sie müssen dafür zeugen, daß es für sie nur eine wirkliche Vertretung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen im Rahmen einer einzigen großen Arbeiterpartei gibt, die nach sozialistischen und demokratischen Grundsätzen dem Wohl des Einzelnen und der Gesamtheit dient.

Weder die Kommunisten, die durch diktatorische Mittel der Masse des Volkes den politischen Willen einer Minderheit aufzwingen wollen, oder die Nazis, die wirtschaftlich von den Schwerindustriellen abhängen, liebbedienend jeden Exzessiven und Militärischen als geborenen Führer ansehen, und die Frauen als rechtlose Gebärmaschinen behandeln möchten, noch die Einseitigkeit, die ohne ein neues politisches Ziel taktische Erwägungen und persönliche Neigungen als einziges selbständiges geistiges Rüstzeug für den Kampf mitbringt, können in der heutigen Notzeit die Führung in der Vertretung der Arbeiterinteressen in Anspruch nehmen. Es darf nicht experimentiert, nicht frivol das Wohl und Wehe von Millionen aufs Spiel gesetzt werden. Es ist eine zielklare, feste Haltung in der Führung des Kampfes notwendig und eine verantwortungsbewußte Vertretung der Interessen der gesamten Arbeitnehmerkraft, die sich in abhängiger Stellung befinden. Hand- und Kopfarbeiter, Arbeiter, Angestellte und Beamte haben sich in eine einzige Front formiert, an ihre Seite gehört das große Heer der Frauen, auch wenn sie nicht im Erwerbsleben stehen, da sie als Verbraucherinnen ihre Interessen gegenüber der Ausbeutung durch unsoziale Lohn- und Preispolitik zu schützen haben. Die Frauen müssen in diesem Kampf ihre politische und wirtschaftliche Ebenbürtigkeit in der Erkenntnis ihrer Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit erweisen und damit den Boden bereiten helfen für eine Saat zu neuem wirtschaftlichen und sozialem Leben, in dem die heutigen Keimzellen besserer Lebensgestaltung erst zur Blüte kommen können. M.E.R.



